



# Thüringen ist stärker.

Regierungsprogramm der SPD Thüringen für die Landtagswahlperiode 2004 – 2009



## Inhalt

<b>1</b>	<b>Thüringen ist stärker.....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Arbeit für ein starkes Land.....</b>	<b>5</b>
2.1	Wirtschaftliche Basis ausbauen.....	5
2.2	Infrastruktur offensiv verbessern.....	7
2.3	Unterstützung der Menschen und Regionen .....	9
2.4	Das grüne Herz schlagen lassen – Thüringen als Reiseland .....	10
<b>3</b>	<b>Für ein bürgerfreundliches Thüringen .....</b>	<b>12</b>
3.1	Nachhaltige Finanzpolitik sichert Handlungsspielräume.....	12
3.2	Bürgerfreundliche Gestaltung der Kommunalabgaben.....	12
3.3	Verwaltungsreform in Thüringen .....	13
3.4	Transparenz und Teilhabe.....	14
3.5	Verbraucher schützen .....	15
<b>4</b>	<b>Wir wollen mehr Wissen .....</b>	<b>16</b>
4.1	Bildungsoffensive für Thüringen.....	16
4.2	Stillstand in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik überwinden.....	20
4.3	Forschungspolitik mit Konzept und Transparenz .....	22
<b>5</b>	<b>Für ein lebenswertes und soziales Thüringen .....</b>	<b>23</b>
5.1	Familie ins Zentrum rücken.....	23
5.2	Der Jugend Raum geben.....	24
5.3	Dem Alter gerecht werden.....	25
5.4	Menschen nicht behindern.....	25
5.5	Wir beugen vor: Gesundheit und Pflege .....	26
5.6	Sportlicher Freistaat .....	27
5.7	Schöner Wohnen .....	28
5.8	Kulturlandschaft und Medienland ausbauen .....	28
5.9	Ausländer und Asylpolitik .....	29
<b>6</b>	<b>Unseren einmaligen Lebensraum behüten.....</b>	<b>30</b>
6.1	Umwelt schützen .....	30
6.2	Landschaft erhalten.....	31

6.3	Mit Land und Forst verantwortungsvoll wirtschaften .....	32
<b>7</b>	<b>Für ein sicheres Thüringen .....</b>	<b>34</b>
7.1	Leistungsfähigkeit der Polizei stärken .....	34
7.2	Justiz – den Rechtsstaat ausbauen .....	35
7.3	Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienste.....	36
<b>8</b>	<b>Starke Städte und Gemeinden .....</b>	<b>37</b>
8.1	Ehrenamt und Engagement beleben .....	37
8.2	Kommunale Strukturen stärken .....	37
8.3	Kommunalen Finanzausgleich neu regeln.....	38
<b>9</b>	<b>Europa – mitten in Thüringen .....</b>	<b>39</b>

# 1 Thüringen ist stärker

Wir haben ein klares Ziel vor Augen:

ein modernes, wirtschaftlich starkes und sozial ausgewogenes Thüringen, das selbstbewusst zu seinen Traditionen steht. Ein Land, in dem die Menschen überall wieder gute Perspektiven haben – sowohl in den Städten wie auch im ländlichen Raum. Ein Thüringen, dem die Menschen nicht mehr den Rücken kehren müssen, weil Arbeit und Ausbildung fehlen.

Die Realität der vergangenen Jahre sieht leider anders aus:

- Ein Schuldenstand von über 13 Milliarden Euro nimmt Thüringen die Freiräume für Zukunftsinvestitionen.
- Das fehlende Wachstum kostet uns jeden Tag Arbeits- und Ausbildungsplätze.
- Eine konzeptionslose Wirtschaftspolitik lässt die wenigen Großinvestoren an Thüringen vorbei ziehen.
- Touristen bleiben weg, weil Thüringen schlecht vermarktet wird.
- Tausende Unterrichtsstunden fallen aus wegen fehlender Fachlehrer. Gleichzeitig wurden tausende Lehrer in die Teilzeitarbeit gezwungen.
- Thüringer Städte und Gemeinden stehen vor dem finanziellen Aus. Dennoch werden von der CDU immer mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen – ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.
- Eingriffe führender CDU-Politiker in Gerichtsverfahren, rechtswidrige Videoüberwachungen und diverse Skandale im Verfassungsschutz haben das Ansehen Thüringens bundesweit beschädigt und das Vertrauen der Thüringer Bürger in den Rechtsstaat belastet.

Das muss anders werden! Fünf Jahre CDU-Alleinregierung in Thüringen – wir sind keinen Schritt weiter. Im Wettbewerb der Bundesländer, auch der im Osten, sind wir zurückgefallen, weil politischer Gestaltungswille fehlt. Stattdessen beschränkt sich diese Landesregierung auf Schuldzuweisungen an den Bund. Die Aufgabe einer Landesregierung muss es aber sein, Probleme im eigenen Land zu erkennen und zu lösen.

Es ist höchste Zeit für einen neuen Aufbruch. Denn: Thüringen ist stärker!

Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel. Wir orientieren uns an den Realitäten. Wir verändern das, was notwendig ist. Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen:

- die Wirtschaft durch Wachstum zu stärken, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze zu verbessern.
- die Bildung in Thüringen so zu verbessern, dass unsere Kinder wieder länger gemeinsam lernen, bevor sie sich für die weiterführenden Schulen entscheiden; die Thüringer Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu den leistungsfähigsten Deutschlands zu entwickeln.

- mit einer modernen Familienpolitik jungen Menschen Zukunft in Thüringen zu eröffnen, den Zusammenhalt der Generationen zu stärken und die tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen durchzusetzen.
- den Städten und Dörfern wieder Freiraum zu geben, denn lebendige Kommunen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft.
- die Innen- und Sicherheitspolitik wieder zu einer tragenden Säule des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Staat zu machen.
- mehr Teilhabe bei staatlichen Entscheidungen und mehr Transparenz in staatlichen Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Mehr direkte Demokratie, ohne unser parlamentarisches System in Frage zu stellen.
- die Verwaltung zu modernisieren und Bürokratie abzubauen. Eine Neuorientierung staatlichen Handelns soll die Strukturen bürgernah und effizient gestalten.

Deutschland braucht Reformen, um im internationalen Wettbewerb nicht abgehängt zu werden. Das ist schwer. Und mancher Einschnitt tut weh, gerade uns als Sozialdemokraten. Doch wer sich Veränderungen verschließt, wird auch das Wichtige nicht erhalten können.

Gemeinsam mit der Bundesregierung werden wir Thüringen voran bringen – unter Berücksichtigung ostdeutscher Besonderheiten. Denn nach wie vor brauchen wir mehr Investitionen in die Infrastruktur: in Straßen und Schienenwege, in Schulen und Hochschulen. Wir unterstützen Investitionen der Wirtschaft und fördern den Arbeitsmarkt.

Die zu erwartende EU-Erweiterung birgt auch für Thüringen mehr Chancen als Risiken. Es gilt, die früher vorhandenen Märkte in Osteuropa wieder zu beleben und damit die Marktchancen unserer Unternehmen zu stärken. Dafür wollen wir bessere Voraussetzungen schaffen.

Thüringens Sozialdemokraten haben die Kraft, alle diese Veränderungen wirksam umzusetzen. Nur wir sind in der Lage, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg miteinander zu verknüpfen.

Zusammen mit den Menschen im Land bringen wir Thüringen voran. Gemeinsam wissen wir: Thüringen ist stärker!

## 2 Arbeit für ein starkes Land

### 2.1 Wirtschaftliche Basis ausbauen

Wir wollen ein starkes Thüringen. Darum brauchen wir eine starke Wirtschaft in Thüringen. Wir brauchen eine Wirtschaft, die den Menschen auch in Zukunft Arbeit gibt und in der die Thüringer Betriebe und Unternehmen mit dem Fortschritt mithalten.

Unter erfolgreicher Wirtschaftsförderung verstehen wir eine Politik, die stärker als bisher bestehenden Unternehmen hilft, sich am Markt zu behaupten und zu expandieren. Die Hilfe für bestehende Betriebe wollen wir durch gezielte Unternehmensansiedlungen sowie den Ausbau von Forschungskapazitäten und Netzwerken ergänzen.

#### Verantwortung für den Fortschritt übernehmen

Die CDU hat es versäumt, in der Wirtschaft die Zeichen der Veränderung zu erkennen. Wir stecken nicht mehr in den Aufbaujahren. In Thüringen hat sich ein beachtlicher Bestand an Unternehmen und Betrieben etabliert. Diese Firmen wollen wir zum Motor künftigen Wachstums machen. Priorität besitzt für uns deshalb die Bestandspflege. Daran werden wir Förderprogramme und deren Finanzmittel ausrichten.

Natürlich gibt es in Thüringen noch erhebliches Potenzial für Neugründungen. Wir wollen vor allem solche im innovativen Bereich fördern. Gleichzeitig wird für uns eine aktive Förderung regionaler Kooperationen und Netzwerke im Mittelpunkt stehen. Gemeinsam stark sein – unter diesem Motto werden wir ein Förderprogramm auflegen, das den Leistungsaustausch innerhalb einer Region intensiviert.

Ohne die Ausgleichsfunktion einer bedarfsorientierten Regionalförderung zu vernachlässigen, werden wir der Förderung prosperierender Zentren Vorrang einräumen. Unser Ziel dabei: Wir wollen so schnell wie möglich zu einer selbst tragenden Entwicklung kommen. Erfolgreiche Zentren wie Jena, Eisenach, Sömmerda und Erfurt können hier voran gehen. Sie wirken wie Magneten für Wirtschaftskraft und neue Ansiedlungen. Wenn wir diese Wirkung verstärken können, strahlt das auf das ganze Land ab.

Damit die öffentliche Hand als Vorbild wirkt, werden wir ein Thüringer Vergabegesetz auf den Weg bringen. Öffentliche Aufträge im Hochbau und Dienstleistungsbereich werden künftig nur an Unternehmen gehen, die tarifvertraglich gebunden sind.

#### Leistungskraft stärken

Weil wir unsere Thüringer Unternehmen stärken wollen, müssen wir ihnen vor allem bei der Suche nach Finanzierungsinstrumenten zur Seite stehen. Noch immer haben viel zu viele Firmen im Freistaat zu wenig Eigenkapital. Ihnen fehlt damit die Kraft, notwendige Investitionen umzusetzen und damit wettbewerbsfähig zu bleiben. Das beginnt bei der Ausstattung mit modernsten Maschinen und reicht bis zur Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gemeinsam mit der neuen Mittelstandsbank des Bundes und der Thüringer Aufbaubank (TAB) wollen wir die zur Verfügung stehenden Finanzmittel verstärken und möglichst kurzfristig ausreichen. Für Investitionen, zur Unterstützung des betrieblichen Wachstums, für Umstrukturierungsmaßnahmen und betriebliche Innovationen sowie für die Qualifizierung werden wir geeignete Finanzierungsinstrumente schaffen.

Darlehen und Landesbeteiligungen werden für uns dabei bevorzugte Finanzierungsformen sein. Mit ihnen helfen wir Thüringer Unternehmen, ihre Eigenkapitalausstattung zu verbessern.

Bei Förderprogrammen des Landes werden wir strikt darauf achten, dass sich diese mit Programmen des Bundes und der Europäischen Union ergänzen.

### **Bürokratie abbauen**

Thüringen braucht wieder mehr wirtschaftliche Dynamik. Deswegen wollen wir Bürger und Unternehmen von Bürokratie entlasten. Wir setzen uns das klare Ziel, den Dschungel aus Vorschriften und Richtlinien, der unser Land überwuchert hat, zu lichten.

Hier ist mehr gefragt als nur Kosmetik. Allein die Verwaltungsvorschriften zu reduzieren, bringt für Bürger und Unternehmen gar nichts. Wir werden stattdessen alle Gesetze, Rechtsverordnungen und Richtlinien des Landes daraufhin überprüfen, ob sie sinnvoll sind. An erster Stelle stehen dabei die Richtlinien der Wirtschaftsförderung. Der CDU fehlen seit langem Mut und Ideen, hier etwas zu bewegen.

Thüringen liegt im Bundesvergleich bei der Anzahl von Richtlinien und Verordnungen zur Wirtschaftsförderung weit über dem Durchschnitt. Bei der Anzahl der Förderinstitutionen hat die CDU unser Land sogar noch tiefer in das Durcheinander geführt. Kein anderes Land leistet sich so ein Chaos bei der Wirtschaftsförderung. Das werden wir ändern.

Die Zahl der zur Zeit existierenden Bearbeitungsinstanzen für Belange der Wirtschaftsförderung werden wir radikal reduzieren. Wir werden die Wirtschaftsförderung und Investorenwerbung in Thüringen künftig so organisieren, dass Interessierte von einer Anlaufstelle – dem sogenannten One-Stop-Office – alle Unterstützung erhalten.

### **Wissen schafft erfolgreiche Wirtschaft**

Eine zukunftsorientierte Wirtschaft braucht technologischen Vorsprung. Die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Thüringen kann dies nicht immer alleine bewältigen. Sie ist auf Unterstützung angewiesen. Eine SPD-Landesregierung wird diese Unterstützung geben.

Wir werden dazu nicht nur durch das Fördern von Netzwerken die Kooperation einzelner Unternehmen anregen. Wir werden uns darüber hinaus für den zügigen Ausbau der Thüringer Forschungskapazitäten einsetzen. Wissenschaft und Wirtschaft müssen zu einer leistungsfähigen Zusammenarbeit finden. Triebfeder dieser

Entwicklung sind für uns finanziell und strukturell leistungsfähige Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Wir werden die Unternehmen des Freistaates dabei unterstützen, frühzeitig Hochschulabsolventen für sich zu gewinnen. Thüringen bildet gefragte Spezialisten aus. Große Unternehmen versuchen diese schon im Studium an sich zu binden und locken sie oft genug aus Thüringen weg. Wir wollen dem Thüringer Mittelstand helfen, den Nachwuchs an unseren Hochschulen mit attraktiven Angeboten im Land zu halten. Dazu werden wir unter anderem Kontaktbörsen an den Hochschulen schaffen.

## **Ausbildung für alle**

Thüringen kann es sich nicht erlauben, einen Teil seiner Talente einfach liegen zu lassen. Dies gilt im besonderen Maß für junge Menschen. Ihnen gehen sonst die Perspektive und der Halt in der Gesellschaft verloren. Aber auch wirtschaftliche Gründe zwingen zum Umdenken in der Landespolitik. In absehbarer Zeit droht Thüringen ohne breite Anstrengungen ein Fachkräftemangel.

Als Thüringer SPD wollen wir in Regierungsverantwortung dafür sorgen, dass jeder ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche ein Angebot – möglichst in der betrieblichen Ausbildung – bekommt.

Wir wollen das duale System der Berufsausbildung auch in Zukunft erhalten. Wir werden deshalb Bedingungen schaffen, die vorhandene Ausbildungsplatzhemmnisse abbauen und gleichzeitig die Flexibilität der Berufsausbildung weiter erhöhen. Wir begrüßen daher die geplante Novelle des Berufsbildungsgesetzes durch die Bundesregierung.

In enger Kooperation mit den Betrieben, den Kammern und den Schulen wollen wir eine qualifizierte Berufswahlorientierung schon während der Schulzeit anbieten.

Die existierenden Angebote zur Berufsvorbereitung wollen wir so gestalten, dass sie zielgerichtet die Probleme nicht ausbildungsreifer Jugendlicher zu lösen helfen. Die Berufsvorbereitung darf nicht weiter zur Warteschleife Ausbildungsfähiger verkommen. Um Mädchen zukunftsorientierte Berufswahlentscheidungen zu ermöglichen und zur Förderung der Chancengleichheit von Mädchen, werden wir uns für Mädchenspezifische Bildungsangebote einsetzen.

Wir werden die Verbundausbildung fördern und Vereinbarungen der Tarifpartner für mehr Ausbildung unterstützen. Durch positive Erfahrung in der Baubranche angeregt, unterstützen wir den Aufbau von Ausbildungsfonds der Tarifpartner, die vom Land gefördert werden können. Diese können kurzfristig dazu beitragen, dass das Ausbildungsplatzangebot spürbar steigt.

Innerhalb des öffentlichen Dienstes möchten wir auch bei der Ausbildung Vorreiter sein. Wir werden uns dafür einsetzen, eine Ausbildungsquote in den Tarifvertrag aufzunehmen.

## **2.2 Infrastruktur offensiv verbessern**

Ein starkes Land braucht kräftige Lebensadern. Für uns Sozialdemokraten behält der Ausbau der Infrastruktur Priorität. Das heißt, wir werden uns für einen zügigen Bau



und einen weiteren Ausbau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen einsetzen. Gleiches gilt für Thüringens Schienennetz. Die neue ICE-Trasse durch Thüringen (Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig) wird gebaut. Die Finanzierung durch die Bundesregierung ist gesichert – dafür haben wir uns eingesetzt. Insgesamt haben wir erreicht, dass Thüringen im neuen Bundesverkehrswegeplan so gut berücksichtigt wird wie kein anderes Land.

Eine SPD-Landesregierung wird diese Vorteile für unseren Freistaat durch eine neue Schwerpunktsetzung in der Verkehrspolitik des Landes nutzbar machen.

### Verkehrsadern stärken

Immer größere Bedeutung kommt künftig dem Ausbau des Landesstraßennetzes und der Ortsumgehungen zu. Ohne eine bessere Vernetzung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen verliert Thüringen an wichtigem Potenzial. Die CDU hat es bisher nicht geschafft, hier Konzepte zu entwickeln und ausreichende Finanzmittel vorzulegen.

Wir werden das ändern. Eine SPD-Landesregierung steht für Berechenbarkeit und Klarheit bei ihrer Infrastrukturpolitik. Wir werden einen Landesverkehrswegeplan erstellen, der Prioritäten bei Neu- und Ausbauprojekten auflistet.

Eine bessere Vernetzung zwischen den einzelnen Regionen Thüringens werden wir auch im öffentlichen Personennahverkehr erreichen. Aber wir wollen nicht nur einen höheren Vernetzungsgrad bei Bus und Bahn. Die SPD Thüringen unterstützt die Bildung beziehungsweise den Ausbau von Nahverkehrsverbänden. Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr auf die kommende Wettbewerbssituation vor einer gesamteuropäischen Kulisse vorbereiten. Auch hier muss die Landesregierung zu einem verlässlichen Partner werden und auf eine attraktive Preisgestaltung achten.

### Landesplanung höher bewerten

Um die Entwicklungspotenziale des Landes realistisch zu bewerten, müssen wir die Raumordnung in Thüringen einer umfassenden Analyse unterziehen. Nur so werden wir den Landesentwicklungsplan (LEP) wieder zu einem wirksamen politischen Steuerungsinstrument entwickeln.

Mit einem überarbeiteten Landesentwicklungsplan wollen wir realistische Entwicklungsziele formulieren und die weitere Entwicklung Thüringens gezielt und nachhaltig steuern. Eine besondere Bedeutung nimmt für uns dabei ein deutlich gestrafftes Zentrale-Orte-Konzept ein. Wir betrachten es genauso als ein Kerninstrument zur Verwirklichung raumordnungspolitischer Ziele wie das Herausstellen von besonderen Entwicklungsachsen mit überregionaler Bedeutung, auch über Ländergrenzen hinaus.

Die interkommunale Zusammenarbeit bei konkreten Projekten und die funktionsteilige Aufgabenwahrnehmung der Städte werden wir gezielt unterstützen.

## 2.3 Unterstützung der Menschen und Regionen

Als Landesregierung wird die Thüringer SPD Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik verbinden. Wir werden die Politik wieder an den Bedürfnissen der Menschen und den Notwendigkeiten in den einzelnen Regionen Thüringens orientieren.

Die SPD-Landesregierung wird sich zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bekennen. Die CDU hat sich seit 1999 aus dieser Verantwortung Schritt für Schritt verabschiedet.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik wird durch eine SPD-Landesregierung der Grundsatz der Berechenbarkeit und Klarheit wieder gelten. Wir wollen zurück zu verlässlichen Förderinstrumenten. Die Partner unserer Arbeitsmarktpolitik sollen von Anfang an wissen, worauf sie setzen können.

Ein weiterer Grundsatz für uns ist, eine Förderung aus einem Guss zu entwerfen. Wir wollen auch bei der Arbeitsmarktpolitik weg vom Wirrwarr sich häufig widersprechender Förderprogramme des Landes, des Arbeitsamtes und der Kommunen.

Unsere Grundsätze einer modernen Arbeitsmarktpolitik verlangen nach einer Neuorganisation von Förderung, Planung und Koordination der Landesarbeitsmarktpolitik.

Wir wollen die Gestaltungsverantwortung für Arbeitsmarktmaßnahmen langfristig in den Regionen ansiedeln. Die beschäftigungsfördernden Maßnahmen müssen vor allem in gesellschaftlichen Bedarfsfeldern, zum Beispiel beim Ausbau der sozialen Infrastruktur, angesiedelt werden. Denn dort, wo die Probleme entstehen, muss auch nach ihren Lösungen gesucht werden. Eine entsprechende Koordinationsfunktion werden wir daher den Regionalsekretariaten innerhalb der Thüringer Planungsregionen übertragen. Gemeinsam mit allen Arbeitsmarktakteuren, der Arbeitsverwaltung und in Abstimmung mit den Kommunen sollen diese Regionalsekretäre künftig regionale Beschäftigungskonzepte für Thüringen erarbeiten.

Darüber hinaus wird eine sozialdemokratische Landesregierung die Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte unterstützen, gemeinsam mit den Arbeitsämtern Jobcenter erfolgreich aufzubauen. Diese Jobcenter werden künftig unter einem Dach eine umfassende und bürgerfreundliche Beratung rund um berufsrelevante Dienstleistungen anbieten.

Ein besonderes Augenmerk legen wir darauf, Frauen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu geben und besonders zu fördern.

### Regionale Bündnisse für Arbeit

Die SPD Thüringen wird in Regierungsverantwortung dazu beitragen, dass regionale Bündnisse aller Akteure und Betroffenen im Bereich Arbeitsmarkt entstehen. Weg vom Neben- und Gegeneinander, hin zum Miteinander – dieses Prinzip werden wir in unserer Arbeitsmarktpolitik aufleben lassen.

Diese regionalen Bündnisse für Arbeit werden die Regionalsekretariate bei der Erstellung entsprechender Beschäftigungskonzepte unterstützen. Auf Landesebene

wird ein entsprechendes Landesbündnis die Arbeit in den Regionen zusätzlich unterstützen.

Gebiete mit hoher, sich verfestigender Arbeitslosigkeit dürfen wir nicht sich selbst überlassen. Um hier einen verlässlichen Pfad aus der Strukturschwäche aufzuzeigen, setzen wir uns für die Entwicklung einer steuerfinanzierten Arbeitsmarktpauschale ein. Diese soll den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit direkt zukommen und helfen, die Struktur zu entwickeln und die Lebensqualität zu erhalten.

Das Bereitstellen der Arbeitsmarktpauschale orientiert sich an regionalen Arbeitsmarktindikatoren. Den Willen, Mitverantwortung für die Arbeitsmarktgestaltung zu übernehmen, werden wir als weitere Fördervoraussetzung ansehen.

### Angebote für Arbeitssuchende und Unternehmen

Eine moderne Arbeitsmarktpolitik richtet sich in unseren Augen nicht nur an Arbeitssuchende. Auch die Interessen der Unternehmen müssen ein neues Gewicht erhalten.

Wir werden die neuen Personalserviceagenturen gemeinsam mit vorhandenen Bildungsträgern befähigen, Aufgaben der betrieblichen Personalentwicklung zu übernehmen. Kleine und mittelständische Unternehmen können dann auf diesen Service zurückgreifen. So entlasten wir die Unternehmen und leisten einen Beitrag gegen die Abwanderung. Wir beugen gleichzeitig aktiv dem sich immer stärker abzeichnenden Fachkräftemangel vor und berücksichtigen die sich verändernde Altersstruktur in den Thüringer Unternehmen.

Bei allen Maßnahmen zur beruflichen Bildung werden wir einer Förderung in und mit Betrieben den Vorrang geben. Dies garantiert, dass sich entsprechende Maßnahmen auch wirklich an den betrieblichen Anforderungen orientieren.

## 2.4 Das grüne Herz schlagen lassen – Thüringen als Reiseland

Thüringen besitzt einmalige Reize. Landschaftliche Schönheit, historische Bauten, Sportveranstaltungen sowie Orte der Kunst und Kultur machen unser Land außergewöhnlich. Das erfüllt uns mit Stolz und Verantwortungsgefühl. Dieses Erbe wollen wir wahren.

Der Tourismus gilt weltweit als eine der größten Wachstumsbranchen. In Deutschland ist der Tourismus mit acht Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deshalb sagen wir: Wir müssen aus der Einmaligkeit unseres Freistaates viel stärker Kapital schlagen. Hier liegt Potenzial für Wachstum und Beschäftigung.

Die SPD wird die weitere Verbesserung der touristischen Infrastruktur auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse forcieren und fördern. Dieser Ausbau umfasst für uns die Sanierung vorhandener Freibäder, das Erweitern des Radwegenetzes, der Wasserwanderrouten und der Verkehrswege in den Tourismusgebieten sowie die bedarfsgerechte Sanierung der Wintersportanlagen. Die Unterstützung für unsere Theater, Museen und anderen Kulturgüter gehört ebenfalls dazu.

Die Vermarktung Thüringens muss weiter entwickelt werden. Wir brauchen dringend eine einheitliche Thüringer Dachmarke verbunden mit einem gemeinsamen Werbeauftritt, der von sämtlichen touristischen Regionen des Landes getragen wird. Die Kleinstaaterei im Tourismus Thüringens muss ein Ende haben. Wir wollen nicht dauerhaft den Anschluss verlieren. Die Thüringer SPD wird in Regierungsverantwortung mit aller Kraft am touristischen Aufschwung arbeiten und die bestehenden Strukturen auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Besonderes Augenmerk werden wir auf den Mehrtagestourismus richten. Erst wenn Gäste nicht nur durchreisen, sondern länger verweilen, profitiert das Gastronomie- und Übernachtungsgewerbe besonders.

Der Ökotourismus gewinnt an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund legen wir auf die weitere touristische Vermarktung des Nationalparks Hainich besonderen Wert. Neben der Förderung des Ausbaus der touristischen Infrastruktur in diesem Bereich werden wir den Tourismus im ländlichen Raum insgesamt stärken. Dazu zählen auch die Pflege und der Schutz ursprünglicher Natur- und Kulturlandschaften. Wir wollen Thüringer Tourismusregionen – zum Beispiel den Thüringer Wald mit dem Rennsteig – an die Spitze der deutschen Reiseziele führen.

Die Dienst- und Serviceleistungen im Tourismus wollen wir im Rahmen einer Qualitätsoffensive verbessern. Gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer und den Tourismusorganisationen werden wir entsprechende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Beschäftigten in der Tourismusbranche schaffen. Durch Wettbewerbe und Leistungsvergleiche regen wir den Anstieg der Servicequalität an.

Eine Präsentation touristischer Attraktionen im Internet und ein gemeinsames Buchungssystem zeichnen moderne Gastfreundschaft aus. Wir werden den Thüringer Tourismusregionen helfen, geeignete Werbung im Internet zu machen, unter anderem durch ein gemeinsames Werbeportal.

Im globalen Wettbewerb ist auch in der Tourismusbranche eine verstärkte Zusammenarbeit unverzichtbar. Wir werden die Kooperation mit den benachbarten Bundesländern verbessern. Länderübergreifende Tourismusgebiete wie der Harz, das Vogtland und die Rhön müssen gemeinsam vermarktet werden.

## 3 Für ein bürgerfreundliches Thüringen

### 3.1 Nachhaltige Finanzpolitik sichert Handlungsspielräume

Wir wollen ein Land, das verantwortungsvoll mit dem Steuergeld seiner Bürger umgeht. Die Finanzpolitik Thüringens muss endlich wieder auf eine solide Basis. Sie darf die Handlungsspielräume nachfolgender Generationen nicht weiter einschränken. Wegen des drohenden Haushaltsnotstandes müssen die Ausgaben strikt begrenzt werden, um die Schuldenaufnahme Schritt für Schritt einzuschränken. Für uns gilt an erster Stelle: Alle Ausgaben in der kommenden Legislaturperiode müssen sich stärker als bisher an den Einnahmen orientieren.

Die SPD Thüringen wird sich in Regierungsverantwortung für eine höchstmögliche Förderung durch die Europäische Union stark machen. Thüringen braucht auch nach dem Ende der dritten EU-Förderperiode im Jahr 2006 eine gesicherte Anschlussförderung.

Innerhalb Deutschlands sichert der Solidarpakt II die finanzielle Leistungsfähigkeit der neuen Länder. Dafür haben wir gekämpft. Die Thüringer SPD wird nicht zulassen, dass die Förderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefährdet werden.

In gemeinsamen Verhandlungen mit den anderen Bundesländern und dem Bund setzen wir uns für eine Neuverteilung der Lasten aus den Zusatzversorgungssystemen der DDR ein.

### 3.2 Bürgerfreundliche Gestaltung der Kommunalabgaben

Die Konsolidierung der Aufgabenträger im Bereich Wasser/Abwasser ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um für die Thüringer Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen bezahlbare und Gebühren und Beiträge zu sichern. Die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung müssen kommunale Pflichtaufgabe bleiben. Wir treten für leistungsfähige Strukturen der Wasser- und Abwasserverbände ein. Einen Ausverkauf des Wassermarktes in Thüringen wird die SPD nicht zulassen. Wir Sozialdemokraten wollen eine ausgewogene Finanzierung von Investitionen durch Gebühren und Beiträge.

Der Ausbau der Abwasserentsorgung in Thüringen wird von uns konsequent fortgesetzt und durch die Aufstellung mittelfristiger Abwasserentsorgungspläne ergänzt, damit die Finanzierung der Investitionen für die Aufgabenträger und die Grundstücksbesitzer besser kalkulierbar wird. Dabei werden wir darauf achten, dass die Standards nicht überzogen werden und damit die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen nicht überfordert wird. Vorrangige Ausbau-Varianten sollen – insbesondere im ländlichen Raum – kostengünstige dezentrale Lösungen der Abwasserentsorgung sein, sofern sie in ihrer Wirkung auf die Umwelt gleichwertig sind. Um in Härtefällen betroffenen Bürgern die Beitragslast zu mildern, werden wir das von der CDU abgeschaffte Zinshilfeprogramm wieder auflegen. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger werden wir für bessere gesetzliche Regelungen sorgen. Das betrifft vor allem den Zeitpunkt, an dem eine Beitragspflicht entsteht.

Die Thüringer SPD wird die Kommunalaufsicht stärken, damit diese umfassend ihrer Pflicht zur Kontrolle und Beratung der Zweckverbände kompetent nachkommen kann. Stärken werden wir zudem die Rolle der Verbraucherbeiräte in den Regionen, um die Arbeit der Zweckverbände transparenter zu machen. Jeder Beitragszahler bekommt durch eine SPD-Landesregierung das Recht auf Akteneinsicht in die Kalkulationen seines Zweckverbandes.

### 3.3 Verwaltungsreform in Thüringen

Die Thüringer Sozialdemokraten werden in Regierungsverantwortung eine Verwaltungsreform in Angriff nehmen. Die zentralen Kriterien sind für uns Bürgerfreundlichkeit und Effizienz.

Auf allen Ebenen wird eine zielgerichtete Analyse der notwendigen Aufgaben und ihrer Erfüllung vorgenommen sowie ein Gesamtkonzept zur Modernisierung der Verwaltung erstellt. Diesen Weg hat die CDU über Jahre verbaut. Wir wollen die Verwaltung des Landes umgestalten. Wir werden zudem die Zahl der Ministerien mit dem Ziel einer Reduzierung überprüfen. Wir planen, von der derzeit praktizierten dreistufigen Verwaltung – Ministerien, Landesverwaltungsamt, kommunale Gebietskörperschaften – grundsätzlich zur Zweistufigkeit überzugehen. Dies kann nur mittelfristig gelingen.

Die Ergebnisse der Überprüfung aller Behörden der Landesverwaltung bei gleichzeitigem Vergleich mit den Verwaltungen anderer Bundesländer werden in ein langfristiges Personalentwicklungskonzept münden. Wir werden die Gesetzgebung auf Landesebene sowie alle Förderprogramme auf ihre Notwendigkeit und Zielrichtung überprüfen. Schwerpunkt wird dabei eine deutliche Vereinfachung bei der Nachweisprüfung der verwendeten Fördermittel sein. Zudem wollen wir die Förderzuwendungen stärker pauschalisieren, um den Verwaltungsaufwand zu senken.

In Kooperation mit den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt werden wir die Initiative ergreifen, Verwaltungsaufgaben zu bündeln und damit Personalkosten zu sparen.

Die Möglichkeiten des Einsatzes moderner Informationstechnik in der Verwaltung sind konsequent zu nutzen und als wichtige Instrumente der Modernisierung auszubauen. Die elektronische Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen macht nicht nur die Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Öffnungszeiten in den Behörden, sie reduziert auch staatlichen Aufwand.

Diese Reformen werden die Thüringer Sozialdemokraten nicht gegen, sondern gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umsetzen. Hierzu wird ein modernes Personalkonzept entwickelt, das wichtige Ressourcen aufgreift und die Mitarbeiter motiviert. Geschlechterspezifische Aspekte sind in der Personalpolitik und im Dienstbetrieb systematisch zu berücksichtigen.

Verantwortungsvolle Politik beruht für uns auf Gegenseitigkeit. Deshalb haben wir auch gegen die überhöhten Funktionszulagen für Abgeordnete geklagt. Das Urteil des Landesverfassungsgerichtes werden wir in Verantwortung mit allen Konsequenzen umsetzen. Wir werden uns für eine Neuregelung und Reduzierung der Altersbezüge und Übergangsgelder von Abgeordneten sowie Mitgliedern der Thüringer Landesregierung einsetzen

## Ein moderner öffentlicher Dienst

Die öffentliche Verwaltung muss reformiert werden. Wir streben ein einheitliches Dienstrecht für den gesamten öffentlichen Dienst an. Im Bundesrat werden wir eine entsprechende Initiative starten.

Die gegen die Stimmen der SPD durchgesetzten Änderungen des Personalvertretungsrechtes beschneiden nicht nur die Rechte der Mitarbeiter und ihrer Personalvertretungen in unnötiger Weise. Diese Änderungen sind auch von einer Geisteshaltung geprägt, die die Mitarbeiter als Gegner betrachtet. Die notwendige Modernisierung der Thüringer Verwaltung kann jedoch nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Leitungen der Dienststellen und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gelingen. In Abstimmung mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften werden wir ein modernes Thüringer Personalvertretungsgesetz schaffen, das die Mitarbeiter als Partner im Modernisierungsprozess betrachtet. Um eine tatsächliche Chancengleichheit der Geschlechter im öffentlichen Dienst herzustellen, muss gezielt gefördert werden. Bei gleicher Eignung muss in der Regel das unterrepräsentierte Geschlecht bevorzugt eingestellt und befördert werden. Wir werden die dahingehende Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes für den Öffentlichen Dienst in die Wege leiten.

Die Mitarbeiter der Verwaltung sind insbesondere hinsichtlich ihrer Europakompetenz weiter zu qualifizieren.

## 3.4 Transparenz und Teilhabe

„Mehr Demokratie wagen“ – unter diesem Leitmotiv will die Thüringer SPD die Bürgerinnen und Bürger stärker in die politische Gestaltung einbeziehen. Kein Staat kann ohne die Mitwirkung seiner Bürger in der Politik und im gesellschaftlichen Bereich auskommen. Es ist seine Aufgabe, die Bürger zur Mitarbeit zu ermutigen und sie hierbei zu unterstützen. Die Thüringer Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass Politik nicht eine Frage weniger Berufspolitiker ist, sondern viele Bürger daran teilhaben sollten, um ihre Erfahrungen, Interessen und Kenntnisse einzubringen.

Gegen den Widerstand der CDU haben sich die Thüringer Sozialdemokraten frühzeitig für bessere Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an der staatlichen Willensbildung eingesetzt. Wir haben das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Thüringen" mit durchgeführt. In den Verhandlungen um das Ausführungsgesetz zu den Volksbegehren hat die SPD der CDU eine deutliche Senkung der Hürden für die direkte Mitentscheidung abgerungen. Wir werden hier fortsetzen. In der nächsten Legislatur reformieren wir die Möglichkeiten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus werden wir Jugendlichen ab 16 Jahren das aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene gewähren.

Mit unserem Informationsfreiheitsgesetz werden wir für die Bürgerinnen und Bürger ein allgemeines Recht auf Einsicht in alle behördlichen Akten sichern. Dies ist ein weiteres Kernstück unserer Vorhaben für mehr Transparenz und Teilhabe.

Der Datenschutz ist in den vergangenen Jahren zum politischen Spielball geworden. Das Niveau des Datenschutzes in Thüringen bedarf dringend einer Angleichung an den Standard anderer Bundesländer. Die Sozialdemokraten werden das Thüringer

Datenschutzgesetz novellieren. Wir werden die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten garantieren.

Die Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, die Möglichkeiten des Internets für eine verstärkte Bürgerbeteiligung zu nutzen. Nach dem Vorbild der Bundesregierung sollen für Gesetze von besonderer Bedeutung Diskussionsforen eingerichtet werden, in denen jeder Bürger seine Ideen einbringen kann.

### 3.5 Verbraucher schützen

Umfassende und verlässliche Informationen für die Bürgerinnen und Bürger sind das wichtigste Ziel unserer Verbraucherschutzpolitik. Deshalb machen wir uns für ein Verbraucherinformationsgesetz auf Bundesebene und eine transparente Verbraucherinformation in Thüringen stark. Zentraler Bestandteil soll eine deutlich bessere Kennzeichnung von Waren sein.

Ein hoher Standard der Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln muss im Vordergrund der Verbraucherschutzpolitik stehen. Die Thüringer SPD unterstützt deshalb die Markteinführung des Q+S-Prüfzeichens und seine Weiterentwicklung. Dieses Prüfzeichen hilft, sich im Warenangebot schnell an Qualität zu orientieren.

Die Kontrolle und die Sicherung der Qualität von Lebensmitteln sind eine staatliche Aufgabe. Auch hier hat die CDU versagt. Wir streben eine neue Struktur der Lebensmittelüberwachung im Freistaat an. Nach den Lebensmittelskandalen der vergangenen Jahre werden wir die Überwachung von Lebensmitteln und Tierfutter in einem Ressort bündeln. Nur so lassen sich Informationsverluste und unklare Verantwortlichkeiten vermeiden. Das sind wir den Verbrauchern schuldig.

Wir wollen die Kontrollsysteme im Rahmen der Produktverantwortung ausbauen, um mögliche Risiken einer Verunreinigung von Lebensmitteln mit unerwünschten Stoffen auszuschließen. Bei Verstößen gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften muss eine konsequentere Strafverfolgung durchgesetzt werden.



## 4 Wir wollen mehr Wissen

### 4.1 Bildungsoffensive für Thüringen

Mehr denn je entscheiden heute Bildung und Wissen über Lebensperspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsmöglichkeiten. In einer zunehmend globalisierten Welt entwickeln sich Bildung und Wissen gleichzeitig zu Standortfaktoren ersten Ranges. Deshalb werden wir die Bildungspolitik zu einem Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit machen. Wir werden die Investitionen in den Bildungsbereich wieder erhöhen, da es sich um Ausgaben zugunsten der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und seiner Bürger handelt.

Aber es geht nicht nur um mehr Geld. Wenn wir Thüringen im nationalen und internationalen Bildungsvergleich an die Spitze führen wollen, müssen wir unser Bildungswesen umgestalten. Wir werden die nötigen strukturellen Veränderungen im Bildungsbereich entschlossen angehen – mit Augenmaß und unter Beteiligung der Betroffenen. Zusammen mit den Pädagogen, den Eltern und den Schülern werden wir eine Bildungsoffensive in und für Thüringen starten. Unser Leitziel wird dabei eine an verbindlichen Bildungsstandards orientierte, deutliche und anhaltende Steigerung der Bildungsqualität sein. So können wir unser Land voranbringen und seinen Kindern maximale Zukunftschancen eröffnen. Wir erachten Bildung als so wichtig, dass wir die bisher auf drei Ministerien verteilten Bereiche in einem Bildungsministerium zusammenfassen werden. Wenn Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen einschließlich Forschung und Entwicklung zusammen betrachtet und ministeriell geführt werden, können Inhalte und Übergänge besser abgestimmt und koordiniert werden. Der Bildungsanspruch von Kindertagesstätten und Horten wird gestärkt.

#### In die Fundamente von Bildung investieren

Der Erwerb von Bildung und Wissen begleitet das menschliche Leben von Beginn an. Bereits in der frühen Kindheit werden die Fundamente gelegt. Wir werden daher die Thüringer Kindertagesstätten in ihrer Bildungsfunktion deutlich stärken. Dazu gehört, den in diesem Bereich tätigen Pädagogen durch einen Rahmenplan für Erziehung, Bildung und Betreuung mehr Orientierung und Unterstützung bei ihrer Arbeit zu geben. Gleichzeitig wollen wir, dass sich die Kindertagesstätten mehr als bisher mit anderen Bildungsbereichen vernetzen und sich ihrer Lebensumwelt weiter öffnen.

Erfolgreich werden unsere Anstrengungen nur dann sein, wenn wir die Finanz- und Personalausstattung der Thüringer Kindertagesstätten auf international übliches Niveau anheben. Wir wissen, dass wir dabei die freien und kommunalen Einrichtungsträger nicht überlasten können. Es gilt vielmehr, ihre Investitionsbereitschaft weiter zu stärken.

Aus der erweiterten Bildungsfunktion der Kindertagesstätten erwachsen neue berufliche Anforderungen für die dort tätigen Pädagogen. Daher ist es unumgänglich, sich auch in diesem Punkt an internationalen Standards zu orientieren und die Erzieherausbildung schrittweise auf Fachhochschulniveau zu bringen.

#### Thüringens Schulen fit machen für die Zukunft

Internationale Kompetenzvergleiche wie PISA haben es gezeigt: Es steht nicht zum Besten mit dem deutschen Schulsystem. Das muss sich ändern – gerade auch in Thüringen. Dieser Aufgabe werden wir uns stellen. Unser Ziel ist es, das Kompetenzniveau der Thüringer Schüler weiter zu verbessern. Unser Leitbild bleibt dabei stets die menschliche Schule, die Fordern und Fördern verbindet und keinen Schüler aufgibt. Wir werden Schüler daher früher und individueller fördern als bisher. Die Thüringer SPD spricht sich für den flächendeckenden Fremdsprachenunterricht ab Klasse 1 aus. Englisch als Weltsprache steht dabei an erster Stelle.

Schüler mit besonderen Begabungen brauchen Förderung genau so wie solche mit Schwächen. Durch eine verbesserte Integration von Schülern mit Schwierigkeiten bzw. Behinderungen werden wir zudem die viel zu hohe Förderschülerquote in Thüringen senken. Energischer als bisher gilt es, der zunehmenden Schulverweigerung zu begegnen. Hier setzen wir insbesondere auf Prävention, Beratung und Hilfestellung sowie auf eine engere Kooperation von Schule, Jugendhilfe, Eltern und – nötigenfalls – Polizei. Wir werden uns zudem für weitere Einstellungen von Schulpsychologen an den Schulen einsetzen.

Aus PISA Konsequenzen ziehen heißt auch, die Finanz- und Personalausstattung der Thüringer Schulen zu verbessern. Nur so können wir eine ausreichende Unterrichtsversorgung für alle Schüler absichern und Stundenausfall verhindern.

Mehr Geld und Personal allein genügen jedoch nicht für eine Verbesserung der schulischen Bildungsqualität. Ein weiteres wichtiges Ergebnis internationaler Vergleichsstudien ist, dass Schullaufbahnentscheidungen nicht bereits am Ende der Grundschulzeit erfolgen sollten. Anstatt den Kindern Bildungswege zu eröffnen, führen derart frühe Aufteilungen auf die unterschiedlichen Schularten oft in die Sackgasse. Wir werden daher die Schulstrukturen schrittweise so verändern, dass über die Grundschulzeit hinaus, längeres gemeinsames Lernen möglich wird. Unser Ziel ist es, erst nach Klassenstufe 8 in unterschiedliche Schullaufbahnen zu differenzieren.

## Den Schulen Freiraum geben

Thüringens Schulen leiden unter Überreglementierung und zu viel Bürokratie. Das nehmen wir nicht hin, denn unsere Schulen verdienen Vertrauen und Freiraum. Wir werden den Schulen größtmögliche pädagogisch-erzieherische und organisatorisch-administrative Eigenständigkeit geben. Gleichzeitig setzen wir uns für nationale Bildungsstandards ein.

Wir wollen, dass die Schulen mit Hilfe eigener Schulprogramme und orientiert an verbindlichen Bildungsstandards künftig selbst ihr pädagogisches, fachliches und organisatorisches Profil entwickeln. Den Schulen muss zudem der Abschluss von Rechtsgeschäften möglich sein, sie müssen ihre Sachmittel selbst bewirtschaften können. Die Schulleiter brauchen größere Kompetenzen bei Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung.

Zu soviel Eigenverantwortung gehört natürlich auch die Rückkopplung. Deshalb werden wir die Schulen verpflichten, regelmäßig an internen und externen Überprüfungen und Bewertungen zum Stand der von ihnen vermittelten Bildungsqualität teilzunehmen. Dabei geht es uns nicht um das Anprangern von Fehlern oder einen Schul-TÜV, sondern um Hilfestellung und Orientierung für die Thüringer Schulen. In diesem Sinne wollen wir den Schulämtern ebenfalls ein neues

Profil geben. Sie werden den Schulen künftig als regionale Beratungsagenturen zur Seite stehen.

### **Mehr Zeit zum Lernen**

Lernen braucht Zeit. Daher sind schulische Ganztagsangebote wichtig. Sie geben jene Zeit zum Lernen, die in Halbtagschulen oftmals fehlt. Mit Hilfe des von der Bundesregierung gestarteten Vier-Milliarden-Programms werden wir deshalb in Thüringen zügig ein landesweites Netz bedarfsgerechter schulischer Ganztagsangebote aufbauen.

Wir wissen, dass sich so etwas nur mit einem entsprechenden Plus an pädagogischem Personal realisieren lässt. Den Schulen, die sich am Bundesprogramm beteiligen, werden wir mehr Lehrer-Wochenstunden und zusätzliche pädagogische Fachkräfte zur Verfügung stellen. Aber nicht nur in dieser Hinsicht können die Schulen auf uns zählen. Ein von uns ins Leben gerufenes, professionelles Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk wird ihnen bei der Umsetzung ihrer Ganztagskonzepte bestmögliche Hilfe leisten.

### **Schulen werden Lern- und Lebensorte für Demokratie**

Schule ist für uns weit mehr als Unterricht. Wir verstehen Schulen gerade auch als Lern- und Lebensorte für demokratisches Bewusstsein und Handeln. Daher werden wir Schülern und Eltern mehr Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten an den Thüringer Schulen geben. Sie sollen aktiv an der Schulentwicklung teilhaben und damit auch verstärkt Verantwortung für ihre Schule übernehmen.

Wir werden die Schulkonferenz als Ort demokratischer Mitgestaltung der Schulgemeinde stärken, Schülerparlamente fördern und eine am konkreten Bedarf orientierte Klassenleiterstunde einführen.

Schule darf keinen Platz für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bieten. Mit einem Landesprogramm werden wir die Thüringer Schulen auch in diesem wichtigen Punkt unterstützen.

### **Schule und Wirtschaft besser vernetzen**

Wir leben in einer Zeit beschleunigten wirtschaftlichen Wandels. Darauf müssen wir unsere Kinder bestmöglich vorbereiten. Keine Schulform, kein Bildungsgang kann heute auf die Hinführung zur Arbeitswelt verzichten. Wir werden daher für eine engere Verbindung von Schule und Wirtschaft sorgen. Dazu gehört für uns die fächerübergreifende und altersgerechte Vermittlung wirtschaftsbezogener Unterrichtsinhalte in allen Schularten sowie im Zusammenwirken mit der Wirtschaft gestalteter, praxisnaher Projektunterricht.

Es ist unser Ziel, die Berufsorientierung, Berufswahlvorbereitung und Berufsberatung an den Schulen in Kooperation mit der Wirtschaft deutlich zu verbessern. Allen Schülern der Klassenstufen 7 bis 10 werden wir Betriebspraktika ermöglichen, ebenso sollen sich alle Thüringer Lehrer regelmäßig Unternehmenspraxis aneignen können. Eine besondere Position in dem von uns geplanten „Netzwerk Schule – Wirtschaft“

nehmen die berufsbildenden Schulen ein. Wir werden ihr fachliches Know-how besser als bisher nutzen und sie zu regionalen Zentren für Ausbildung, Fort- und Weiterbildung entwickeln.

### **Kurze Wege für kleine Füße**

Aufgrund von niedrigen Geburtenraten und Abwanderung gehen in Thüringen die Schülerzahlen seit Jahren zurück. Dadurch droht immer mehr Schulstandorten die Schließung. Schulen sind jedoch wichtiger Bestandteil der kommunalen und regionalen Infrastruktur. Wenn Schulen geschlossen werden, wird den Bürgern ein Stück Lebensqualität und dem Gemeinwesen ein Ort der Identifikation genommen.

Der Erhalt wohnortnaher, in der Region verwurzelter Schulen und einer flächendeckenden schulischen Infrastruktur ist uns wichtig. Wir verstehen Schulnetzplanung nicht als bloße Angelegenheit der Schulträger, sondern als bewusste Steuerungsmaßnahme der Landesentwicklung. Dementsprechend werden wir dafür sorgen, dass die Schulnetzplanung künftig in längerfristiger Perspektive und unter besserer Beteiligung der Betroffenen vor Ort erfolgt.

Durch die Unterstützung pädagogischer Konzepte für kleine Schulen, den zielgerichteten Einsatz von Landesmitteln, insbesondere zur Schulbausanierung, und durch bessere Beratung werden wir die Schulträger zudem ermutigen, an kleinen, wohnortnahen Schulstandorten festzuhalten.

### **Pädagogen unterstützen und entlasten**

Schulische Bildung und Erziehung können ohne qualifizierte und motivierte Pädagogen nicht funktionieren. Wenn wir Thüringens Schulen fit für die Zukunft machen wollen, müssen wir den Stellenwert und die gesellschaftliche Anerkennung pädagogischer Arbeit deutlich erhöhen. Dazu zählt insbesondere die Umsetzung eines verlässlichen, regional differenzierten Personalentwicklungskonzepts, das den Thüringer Pädagogen langfristig persönliche Sicherheit bietet.

Wir werden eine rasch und flexibel einsetzbare Lehrerreserve aufbauen, um eine ausreichende Unterrichtsversorgung an den Schulen zu sichern und das reguläre Lehrpersonal zu entlasten. Nachwuchspädagogen geben wir die Chancen, in Thüringen eine berufliche Zukunft zu finden. Die Arbeit der Pädagogen in Thüringen zu unterstützen, heißt aber auch, Leistung und Engagement von Lehrkräften anzuerkennen. Wir werden leistungsbezogene Besoldungs- bzw. Vergütungselemente für Lehrende einführen und damit nicht zuletzt deren Bereitschaft zur Fortbildung honorieren.

Verstärkte Fortbildung allein genügt jedoch nicht, um die berufliche Qualifikation der Pädagogen stetig zu verbessern. Lehrer müssen stärker pädagogisch ausgebildet werden. Es bedarf einer intensiveren Verzahnung aller Phasen der Lehrerausbildung mit der Schulpraxis und einer systematischen Vorbereitung von Schulleitungen auf die Anforderungen zeitgemäßen Verwaltungs- und Personalmanagements. Auch in diesem Punkt werden wir die nötigen Veränderungen auf den Weg bringen.

## Erwachsenenbildung stärken

Lebenslanges Lernen braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir die finanzielle Unterstützung der Erwachsenenbildung in Thüringen auf hohem Niveau stabilisieren und den in diesem Bildungsbereich tätigen Einrichtungen größtmögliche Planungssicherheit geben. Gleichzeitig wollen wir durch die Einführung regelmäßiger interner und externer Überprüfung die Qualität von Erwachsenenbildung besser als bislang sichern und kontinuierlich ausbauen.

Wichtiges Anliegen ist uns aber auch, möglichst viele Bürger an Erwachsenenbildung teilhaben zu lassen. Wir wollen das Recht der Thüringer Arbeitnehmer auf Bildungsfreistellung gesetzlich festschreiben.

## 4.2 Stillstand in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik überwinden

Eine wachsende Hochschul- und Forschungslandschaft in Thüringen ist nach der Wende über Jahre ein Zeichen erfolgreicher Landespolitik gewesen. Die Um- und Neugestaltung ist eng mit der Arbeit sozialdemokratischer Politiker verbunden. In einer Zeit, wo bundesweit erkannt wird, dass die Hochschulreform und die Perspektiven der Wissenschaftspolitik entscheidend für den Wohlstand von Morgen sind und daher zu Recht wieder ihren Platz auf der politischen Tagesordnung haben, hat sich die CDU aus der aktiven Reformpolitik abgemeldet.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird umsteuern, denn ein qualifiziertes Angebot in Lehre und Forschung ist für die Zukunft unseres Landes unverzichtbar. Dabei sollen bestehende Stärken für die Profilbildung der Wissenschaftslandschaft aus Universitäten, Fachhochschulen, Berufsakademien und außeruniversitären Forschungseinrichtungen genutzt werden. Wir machen uns weiterhin für eine Fachhochschule in Ostthüringen stark.

Erfolgreiche Wissenschaftspolitik stärkt den Standort Thüringen – nicht nur in Bezug auf die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, sondern auch und gerade in der Wirtschaft und in den Chancen für Neuansiedlungen von Unternehmen. Die Entwicklung der vergangenen vier Jahre bedroht diese Spitzenstellung. Der von der CDU durchgesetzte Hochschulpakt behindert die weitere Entwicklung der Thüringer Hochschulen. Ideen der CDU zur Bewältigung der aktuellen Probleme oder gar Ansätze eines zukunftsorientierten Handelns sind nicht erkennbar.

## Hochschulreform schafft Perspektiven

Reformfähigkeit und Entschlusskraft sind Garantien für Perspektiven in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Wir werden die Organisationsreform der Hochschulen im Konsens mit ihnen vorantreiben. Hochschulautonomie muss im Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Hochschulen umgesetzt werden. Sie darf nicht zum Schlagwort verkommen, nach welchem die Hochschulen in Zeiten leerer Kassen im Stich gelassen werden, um – anstatt die Zukunft zu gestalten – den Mangel zu verwalten. Dazu gehören auch die Übertragung der Liegenschaften in das Körperschaftsvermögen der Hochschulen und die Übertragung der Personalhoheit. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass es durch einen möglichen Ausstieg aus dem BAT nicht zu einer Schlechterstellung der Beschäftigten kommt. Die Hochschulen

brauchen größere organisatorische Eigenverantwortung. Dafür werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Thüringer Hochschulen brauchen eine finanzielle Grundausstattung, die ihnen ihre Chancen sichert – auch im Wettbewerb der wissenschaftlichen Einrichtungen untereinander. Wir werden als verlässlicher Partner dafür sorgen. Bei der allgemeinen Hochschulfinanzierung steht das Land in der Pflicht. Die gemeinsame Finanzierung des Baues von Hochschul- und Forschungseinrichtungen durch den Bund und das Land muss aufrecht erhalten bleiben. Gemeinsam mit den Hochschulen werden wir darüber hinaus private Finanzierungsquellen erschließen.

Hochschulen mit größerer Eigenverantwortung für ihre Organisation und die Finanzen brauchen moderne Führungsstrukturen, die den produktiven Wettbewerb zwischen den Hochschulen ermöglichen. Zu den Qualitätskriterien, die diesen Wettbewerb bestimmen, gehören für uns hervorragende Forschungsleistungen, attraktive Studiengänge und Weiterbildungsangebote genauso wie hohe Erfolgsquoten im Studium und geringe Studienabbrecher-Quoten.

Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht zum einen Entwicklungschancen an der Hochschule selbst und zum anderen Perspektiven zur beruflichen Entwicklung außerhalb der Hochschule. Neue Strukturen der Qualifizierung zum Hochschullehrer werden wir konstruktiv umsetzen – im Dialog mit den Hochschulen und Wissenschaftlern. Wir machen uns dafür stark, dass mit einem Wissenschaftstarifvertrag die spezifischen Erfordernisse des Dienstrechts an den Hochschulen geregelt werden.

Wir wollen, dass Thüringen wieder eine maßgebliche Rolle spielt bei der Entwicklung von Studienreform-Modellen, die der europaweiten Umsetzung des Bologna-Prozesses gerecht werden. Denn Wissenschaft und Bildung sind international und Studierende und Wissenschaftler sind mobil. Wir wollen diese Mobilität der Studierenden. Sie ist wichtig für das Zusammenwachsen in Europa. Dazu sind Erfahrungen mit unterschiedlichen Wissenschafts- und Lebenskulturen notwendig. Es gilt, nicht nur die Menschen in Bewegung zu bringen, sondern auch die Strukturen. In Thüringen erbrachte Studienleistungen sollen auch in Athen, Mailand und Paris anerkannt sein.

Wir wollen den Zugang zum Studium so fördern, dass der Anteil der Hochschulstudenten nationalen und internationalen Maßstäben gerecht wird. Bildung ist ein entscheidender Standort- und Wettbewerbsfaktor. Der Zugang zur Hochschule muss unabhängig der finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen gewährleistet werden. Daher lehnen wir Studiengebühren für das Erststudium ab. Wir wollen auch in Thüringen den Anteil der Studierenden auf 40 Prozent eines Jahrgangs erhöhen

Ein modernes Konzept für die Organisation der Hochschulmedizin in Thüringen ist überfällig. Wir werden das Universitätsklinikum Jena als leistungsfähiges Unternehmen der Hochleistungsmedizin in die Lage versetzen, dafür zukunftsfähige Strukturen zu schaffen. Der besondere Charakter dieses Klinikums besteht in seiner Bindung an die Forschung und Lehre der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität. Wir werden seine Teilnahme am wissenschaftlichen Wettbewerb fördern, die Entscheidungsfreiheit sichern und die notwendigen Mittel bereitstellen.

### 4.3 Forschungspolitik mit Konzept und Transparenz

Forschungspolitik in Thüringen braucht wieder klare Konzepte, Transparenz und wirksame Förderinstrumente. Wir werden dafür sorgen, dass unsere erfolgreichen außeruniversitären und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen eine gesicherte finanzielle Grundlage erhalten.

Die Thüringer Forschungslandschaft muss weiter ausgebaut werden. Wir werden ein besonderes Augenmerk auf den Wissens- und Technologietransfer in die einheimische Wirtschaft legen. Dabei gilt es, leistungsfähige Netzwerke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zur Ressourcenbündelung und Realisierung gemeinsamer Projekte zu initiieren und langfristig zu fördern. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dürfen erfolgreiche Thüringer Initiativen und Kompetenzfelder nicht vernachlässigt werden.

Die außeruniversitären Einrichtungen nehmen eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Hochschulforschung und der Industrieforschung wahr. Durch die Verknüpfung der Hochschulforschung mit der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung in außeruniversitären und wirtschaftsnahen Forschungsinstituten werden wir den Bedürfnissen der Industrie gerecht.

Wir werden die Gründerkultur an Hochschulen und außeruniversitären Instituten weiter fördern und dauerhaft verankern. Hochqualifizierten Nachwuchs – insbesondere aus dem Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften – wollen wir im Land halten und die Entstehung neuer technologieorientierter Unternehmen voran treiben. Initiativen wie das BioInstrumente-Konzept stärken die Zukunftsfähigkeit des Standortes Thüringen weit über die unmittelbar beteiligten Branchen hinaus. Sie werden von uns weiter aktiv unterstützt.

Mit einem Landesforschungsprogramm wird die SPD den Standort Thüringen weiter stärken. Es wird Grundlagenforschung, Nachwuchsförderung und gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen als sogenannte Verbundforschung wieder effektiv miteinander verbinden.

Die Thüringer SPD wird den permanenten Dialog zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft über strategische Forschungsorientierungen fortsetzen. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird ein einheitliches Thüringer Internetportal für Wissenschaft, Forschung und Technologien aufbauen.

## 5 Für ein lebenswertes und soziales Thüringen

### 5.1 Familie ins Zentrum rücken

Wir wollen Thüringen noch lebenswerter machen. Dazu erarbeitet die SPD-Landesregierung gemeinsam mit freien Trägern, Verbänden und allen Interessierten Kriterien für Familienfreundlichkeit. Alle Gesetze und Richtlinien des Landes werden wir auf diese Kriterien hin überprüfen.

Wir bekennen uns zu Familienbündnissen auf Landes- und Kommunalebene. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir die Belange der Familien diskutieren und Anregungen für die Kommunal- und Landespolitik formulieren.

Eine bessere Familienpolitik besteht für uns Sozialdemokraten nicht nur aus Worten und Appellen. Wir wollen Thüringens Familien klare Mitspracherechte einräumen. Dazu werden wir Eltern und Kinder an den sie betreffenden Planungen stärker beteiligen.

Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen und Landkreisen wollen wir erweitern. Neben ihrem bisherigen Auftrag wollen wir den Gleichstellungsbeauftragten auch die Verantwortung übertragen, regionale Bündnisse für Familien zu koordinieren und zu unterstützen. Sie sollen mit dafür sorgen, dass Städte und Gemeinden noch familienfreundlicher werden.

#### Eltern zur Seite stehen

Eltern in Thüringen wünschen sich vor allem eines: Sie wollen Familie und Beruf miteinander verbinden. Diesem Wunsch werden wir wieder Priorität einräumen. Eine SPD-Landesregierung wird daher eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung in Thüringen in den Mittelpunkt ihrer Politik rücken. Dieses Angebot umfasst für uns Ganztagschulen und ausreichend Kinderbetreuungsangebote.

Wir wollen Kindertagesstätten und Schulen, in denen sich die Kinder wohl fühlen. In allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen wollen wir Qualitätsstandards gewähren. Aus diesem Grund werden wir Mittel für Kindertagesstätten bereitstellen und für eine gerechte Verteilung des Geldes der Bundesregierung für Ganztagschulen in Thüringen sorgen.

Das Landeserziehungsgeld werden wir erhalten. Familien brauchen weiterhin einen finanziellen Lastenausgleich. Uns ist jedoch wichtig, bei der Entscheidung zwischen zusätzlichen finanziellen Entlastungen und besseren Betreuungsangeboten den Interessen der Eltern entgegen zu kommen. Deshalb werden wir verstärkt in Ganztagsangebote investieren.

#### Familie weiter denken

Familie kennt für uns nicht nur die Jugend. Familie kennt auch das Alter und Krankheit. Wir müssen Familie weiter denken und Familien auch in schwierigen Phasen begleiten. Eine SPD-Landesregierung wird daher Neuland in Deutschland betreten. Wir wollen ein Freistellungsgesetz für die Pflege Schwerkranker und Sterbender durch ihre



Angehörigen. Von unseren europäischen Nachbarn wie Österreich können wir die guten Erfahrungen damit übernehmen. Angehörige sollen einen Anspruch auf ein halbes Jahr Pflegezeit haben – Zeit, in der sie sich ohne Lohnfortzahlung voll und ganz ihren Angehörigen widmen können.

Generell werden wir uns für einen besseren beruflichen Wiedereinstieg nach Familienphasen einsetzen. Dazu werden wir Möglichkeiten der Arbeitsmarktförderung bündeln und mit entsprechender Priorität versehen.

Innerhalb der entstehenden Job-Center wollen wir kompetente Beratung auch zum Thema Familie und Beruf ansiedeln. Eltern werden wir damit umfassenden Service an zentraler Stelle bieten.

## 5.2 Der Jugend Raum geben

Kinder und Jugendliche brauchen Raum, in dem sie mehr und mehr Verantwortung für sich und andere übernehmen. Dies zu gewährleisten, ist wesentliche Aufgabe der Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit. Wir wollen sie vor allen Dingen dort fördern, wo Kinder und Jugendliche leben: in den Städten und Dörfern Thüringens.

Unser Ziel wird es sein, verstärkt Angebote zu fördern, die Kindern und Jugendlichen unmittelbar zukommen. Insgesamt möchten wir eine Stärkung ehrenamtlicher Jugendgruppen- und Jugendverbandsarbeit in den Thüringer Regionen erreichen. Selbstverantwortung und demokratisches Engagement müssen im Alltag wachsen. Dazu werden wir die Jugendförderung direkt, unbürokratisch und pauschaliert gestalten.

Wir werden die örtlichen Träger der Jugendhilfe stärken. Die SPD als Regierungskraft wird sich auf deren Unterstützung konzentrieren. Dementsprechend soll ihnen und den Familien bei der Zusammensetzung des Landesjugendhilfeausschusses ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Das Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz (ThürKJHAG) wird entsprechend novelliert.

Die Aufgaben der Landesjugendbehörden werden entbürokratisiert. Mit Übernahme von Regierungsverantwortung werden wir die vorhandenen Strukturen überprüfen. Dabei greifen wir auch auf externen Rat zurück. Das Land konzentriert sich künftig im Bereich der Jugendhilfe auf seine Anregungs- und Unterstützungsfunktionen gegenüber den öffentlichen und freien Trägern.

Jugendarbeit und Jugendschutz werden bei uns Pflichtleistung. Die Jugendpauschale wird deshalb gesetzlich verankert. Ihr Einsatz hängt für uns von einer funktionierenden Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule ab. So wollen wir fördern, dass nach dem Unterricht attraktive Betreuungsangebote entstehen. Wir wollen die Auszahlung der Jugendpauschale zusätzlich an eine Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei der jeweiligen Jugendförderplanung knüpfen.

Mehr Raum im Bereich der Jugendhilfe werden wir den Kinderschutzdiensten einräumen. Dazu werden wir deren Aufgaben in der präventiver Arbeit erweitern. Die Kinderschutzdienste sollen stärker als bisher vorbeugend helfen. Die dazu notwendige Kooperation des Kinderschutzes mit Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen werden wir zur Fördervoraussetzung erheben.

Freien Trägern werden wir auch in der Jugendarbeit einen Vorrang einräumen, ohne die Verantwortung der öffentlichen Hand aufzugeben.

Als spezifisches Angebot der Jugendhilfe werden wir an der Jugendberufshilfe festhalten. Mit ihr wollen wir für eine bessere berufliche Integration benachteiligter junger Menschen sorgen. Für einen besseren Service werden wir Angebote der Jugendberufshilfe in die entstehenden Jobcenter der Arbeitsagenturen integrieren. Wer Rat und Hilfe sucht, soll hier alles unter einem Dach finden.

### 5.3 Dem Alter gerecht werden

Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Seniorinnen und Senioren fordern zu Recht eine angemessene Unterstützung des Staates. Wir möchten mit unseren Mitteln dazu beitragen, älteren Menschen eine aktive und selbst verantwortete Lebensgestaltung zu erhalten.

Um Älteren eine Stimme zu geben, werden wir uns für Seniorenbeiräte einsetzen. Auf kommunaler Ebene haben diese bereits ihren Wert unter Beweis gestellt.

Zusätzlich werden wir den bedarfsgerechten Ausbau von Seniorenbegegnungsstätten im Land begleiten. Diese sollen als sozialer und kultureller Treffpunkt so organisiert sein, dass sie auch dem Kontakt zwischen den Generationen dienen. Ältere und Jüngere sollen wieder stärker voneinander lernen. Genauso wie wir das gemeinsame Leben über die Generationen hinweg durch eine moderne Familienpolitik unterstützen wollen.

Speziell auf die Wünsche und Bedürfnisse des Alters abgestimmt, möchten wir zusätzliche und vor allem vielfältige Bildungsangebote unterbreiten. Wir werden Thüringer Seniorenakademien auch im ländlichen Raum unterstützen.

### 5.4 Menschen nicht behindern

Jeder besitzt das Recht auf Teilhabe und ein möglichst selbst bestimmtes Leben. Menschen mit Behinderungen wollen wir nicht weiter an den Rand der Gesellschaft drängen lassen.

Eine SPD-Regierung in Thüringen wird die Teilnahme von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben sowohl gesetzgeberisch als auch praktisch umsetzen.

Wir werden sofort nach der Wahl ein Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen verabschieden.

Wir regeln nicht nur Ansprüche neu, wir werden auch die Bedingungen für Menschen mit Behinderungen praktisch verbessern. Im Bereich der Landes- und Kommunalverwaltung werden wir unter anderem für Barrierefreiheit sorgen.

Wir treten für die Berufung eines Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung ein.

Parallel dazu werden wir die Angebote für Betreutes Wohnen ausbauen. Für uns gilt dabei der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen in einer möglichst familiären Umgebung leben können.

## 5.5 Wir beugen vor: Gesundheit und Pflege

Das Gesundheitssystem steht vor gewaltigen Aufgaben. Wir werden die Präventionsangebote stärken, die ambulante Betreuung ausbauen und mit dem Krankenhausplan abstimmen.

Wir bündeln die unterschiedlichen Maßnahmen zur Gesundheit und Prävention in Thüringen durch die Vereinbarung von Gesundheitszielen. Diese Gesundheitsziele werden wir im Konsens mit Ärzten, dem öffentlichen Gesundheitswesen, den Sozialverbänden und Krankenkassen sowie Patientengruppen und Selbsthilfeeinitiativen entwickeln. Unsere Intention ist es, Themenschwerpunkte für die Landesgesundheitspolitik gemeinsam festzulegen.

Auf Basis der Gesundheitsziele wollen wir konkrete Landeskampagnen entwickeln. Diese Kampagnen sollen die verschiedenen Aktivitäten thüringenweit zusammenfassen. Schwerpunkt werden Projekte zur Förderung des gesundheitsbewussten Verhaltens sowie zur Prävention sein.

### Ambulante Versorgung sichern

Wir setzen uns dafür ein, dass die ambulante medizinische Versorgung in Thüringen wohnortnah bleibt. Gerade im ländlichen Raum müssen Ärzte, Gesundheitszentren und Praxen schnell erreichbar sein. Die sich im Bereich der ambulanten medizinischen Versorgung abzeichnenden Probleme erfordern eine klare Schwerpunktsetzung:

- Junge Ärzte müssen Anreize erhalten, sich in Gebieten mit drohender Unterversorgung niederzulassen.
- Gesundheitszentren mit fachübergreifenden ambulanten Behandlungsangeboten (Polikliniken) sind zu unterstützen.
- Die Zusammenarbeit zwischen ambulant tätigen Ärzten und die Kooperation der Ärzte mit den Krankenhäusern ist entsprechend den Bedürfnissen der Patienten bei der integrierten Versorgung auszubauen.
- An der Universität Jena ist eine Professur für Allgemeinmedizin einzurichten.

Wo nötig werden, wir mit den Fachorganisationen gezielte Förderprogramme abstimmen. Fest steht für uns, dass mit diesen Ansätzen bessere Behandlungsabläufe für die Patienten gefördert und bestehende Wartezeiten abgebaut werden müssen.

Wir werden mit dem nächsten Krankenhausplan eine qualitätsorientierte und zukunftsfähige Struktur der Krankenhauslandschaft in Thüringen verwirklichen.

Das Nebeneinander von ambulanter Versorgung und Krankenhausbehandlung ist längst überholt. Beides muss miteinander verzahnt werden. Ambulante Behandlungseinrichtungen sollen sich in Thüringen künftig mit Krankenhäusern der Grundversorgung verbinden.

Krankenhäuser der Grundversorgung sollen intensiver mit Spezial-Kliniken zusammenarbeiten. Für spezialisierte Krankenhauseinrichtungen muss gelten, dass sie gut erreichbar sind und den Anforderungen an Ausstattung, Qualität und Wirtschaftlichkeit gerecht werden.

Eine SPD-Landesregierung wird den bedarfsgerechten Erhalt und Ausbau bürgernaher Beratungsangebote durch den öffentlichen Gesundheitsdienst und die gemeinnützigen Träger fördern. Beratung ist unverzichtbar, um eine gesundheitsbewusste Lebensweise zu entwickeln und in Lebenskrisen Hilfen zu bekommen.

Wesentliche Aufgaben dieser Beratungsstellen sehen wir darin, verstärkt Selbsthilfeangebote zu initiieren. Die Eigeninitiative der Betroffenen und den gesundheitlichen Verbraucherschutz wollen wir stärken.

### Qualität der Pflege erhöhen

In der Verantwortung sorgt die SPD für bedarfsgerechte und bezahlbare Pflegeplätze in Thüringen. Mit dem Ausbau der Qualitätssicherung werden wir die würdige Betreuung Pflegebedürftiger unterstützen.

Durch den demographischen Wandel in unserer Gesellschaft ist die Sicherung der ambulanten und stationären Pflege eine zentrale sozialpolitische Herausforderung der nächsten Jahre. Präventive Betreuungsangebote für alte Menschen und die qualifizierte ambulante Pflege haben für die Thüringer Sozialdemokraten Vorrang vor der stationären Pflege.

Gemeinsam mit Aufsichtsbehörden, Angehörigen und Trägern werden wir auf einen raschen Ausbau der Qualitätssicherung hinwirken. Ziel ist, eine menschenwürdige und professionelle Pflege zu garantieren, dies gilt insbesondere für die Einrichtung von stationären Hospizen in Thüringen.

Ein zusätzlicher Beitrag zur Qualitätsverbesserung wird sein, die Ausbildungsangebote für die Berufe der Alten- und Krankenpflege in Thüringen zu überprüfen und bedarfsgerecht weiter zu entwickeln.

Wir stehen dafür ein, die Heimplätze in Thüringen bedarfsgerecht auszubauen und die Kosten sozial gerecht zu verteilen.

## 5.6 Sportlicher Freistaat

Wir wollen, dass der Sport in Thüringen seine Heimat behält. Eine SPD-Landesregierung wird gute Bedingungen für den Breiten- und Spitzensport weiter entwickeln. Neue Sportmöglichkeiten werden wir unterstützen.

In unserer Verantwortung wird eine Initiative für ein Sportprogramm vom Kindergarten bis zum Abschluss der Ausbildung gestartet. Den Wunsch nach Bewegung und Fitness wollen wir durch ein vielfältiges Sportangebot wecken.

Gemeinsam mit dem Landessportbund werden wir parallel eine Aktion „SportPlus“ auf die Beine stellen. Mit dieser Kampagne werden wir neue Anreize für sportliche Aktivitäten bis ins hohe Alter schaffen. Dabei wollen wir Sportgruppen und Vereine überall im Land aktiv unterstützen.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir im Schulsport. Die SPD wird die dritte Sportstunde in der Woche absichern und umsetzen.

Wir stehen weiterhin zur unentgeltlichen Nutzung der im Thüringer Sportfördergesetz genannten Sport- und Spielanlagen. Wir wollen, dass Vereinen und Verbänden hier keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Weiterhin werden wir uns für den Erhalt des „Goldenen Plans Ost“ stark machen. Die Finanzhilfen der Bundesregierung für den Sportstättenbau haben sich bezahlt gemacht. Thüringen ist und bleibt beweglich – im Spitzen- und im Breitensport.

## 5.7 Schöner Wohnen

Thüringen steht beim Erneuern der Bausubstanz in den Städten und Gemeinden vor einer großen Herausforderung. In Regierungsverantwortung werden wir den Stadtumbau intensivieren. Es ist uns wichtig, dass dies mit Beteiligung möglichst aller Akteure vor Ort geschieht.

Wir werden dafür sorgen, dass die Mittel für das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ in ausreichender Höhe und zeitgerecht bereitstehen. Nur so können Kommunen und Wohnungsunternehmen die gewaltigen Aufgaben richtig planen.

Unser Schwerpunkt bei der Wohnungs- und Städtebauförderung wird noch stärker auf den Erhalt lebenswerter Städte gelegt. Wir wollen einem schleichenden Absterben unserer Innenstädte entgegenwirken. Deshalb wird die Unterstützung von Eigentumsbildung in attraktiven Innenstadtlagen für uns Priorität haben.

Die Kommunen und die Wohnungsunternehmen werden wir verantwortungsvoll bei Neubauinvestitionen in den Innenstädten unterstützen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Thüringens Innenstädte aufwerten und beleben. Von einer lebendigen Stadt profitieren Einwohner, Einzelhandel und Gewerbe.

## 5.8 Kulturlandschaft und Medienland ausbauen

Thüringen ist seit Jahrhunderten eine einmalige Kulturlandschaft. In jüngster Zeit gibt es positive Ansätze für die Entwicklung des Freistaates zu einem attraktiven Medienstandort. Beides kann sich ergänzen. Thüringen wird so ein modernes Medienland mit einer einmaligen kulturellen Tradition.

Eine SPD-Landesregierung erarbeitet einen Landesmasterplan Medien. Wir möchten den wachsenden Medienstandort Thüringen in seiner ganzen Breite entwickeln und die Aktivitäten zum Aufbau des Kindermedienlandes Thüringen intensivieren. Ein ganz entscheidender Schritt dazu wird es sein, die handelnden Akteure besser zu vernetzen.

Eine SPD-Landesregierung versteht sich als Partner und nicht als Vormund der Medienunternehmen in Thüringen.

Wir werden innerhalb der „Mitteldeutschen Medienförderung“ eine Neujustierung offensiv angehen. Uns geht es darum, mehr Medienproduktionen in Thüringen zu etablieren.

Für uns sind Kunst und Kultur in Thüringen besondere Güter. Deshalb brauchen Kunst und Kultur besonderes Augenmerk. Die CDU hat sie in den Jahren ihrer Regierung vernachlässigt. Wir werden das wieder ändern.

Wir wollen den einmaligen Charakter unserer Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft langfristig erhalten und damit auch ein Stück unseres kulturellen Erbes wahren. Weitere Umgestaltungen sind ein wichtiger Schritt dazu. Wir setzen dabei auf die Kooperation und nicht auf Konfrontation. Denn alle Beteiligten werden am Ende einen Beitrag leisten müssen.

Wir werden darüber hinaus die Thüringer Kulturstiftung spartenübergreifend ausbauen. Damit werden wir auch einen Impuls schaffen, die traditionelle Abgrenzung zwischen Hoch- und Breitenkultur zu überwinden.

Eine SPD-Landesregierung wird die Landesmittel für Denkmalpflege wieder aufstocken. Gleichzeitig werden breiten- und soziokulturelle Projekte gefördert. Das bestehende Projektmanager-Programm wollen wir ausbauen.

Die Arbeit der Thüringer Gedenkstätten soll sich zielgerichtet weiter entwickeln. Dabei ist es uns wichtig, alle Seiten unserer schwierigen Geschichte zu zeigen.

## 5.9 Ausländer und Asylpolitik

Zurzeit liegt der Anteil ausländischer Mitbürger in Thüringen unter zwei Prozent der Gesamtbevölkerung. Trotz ihrer geringen Zahl sind sie eine große Bereicherung für unser Land. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung wird die erfolgreiche Integration von Ausländern in unsere Gesellschaft zukünftig eine weitaus größere Rolle spielen. Die SPD ist eine aufgeschlossene Partei, die sich gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit wendet. Wir wollen den ausländischen Mitbürgern die Integration in unsere Gesellschaft spürbar erleichtern. Dazu ist ein an Mitmenschlichkeit orientierter Umgang miteinander Grundvoraussetzung.

Unsere Politik zielt darauf, die Lebensqualität für die Asylbewerber zu verbessern. Dazu werden wir auf ein Behördenhandeln drängen, dass sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Nicht Vorschriften sondern Mitmenschlichkeit soll Maßstab des Handelns sein.

Um die Lebensverhältnisse der Asylbewerber zu verbessern, wollen wir ihnen Leistungen in Form von Bargeld gewähren. Wertgutscheine lehnen wir ab, weil sie die Asylsuchenden diskriminieren und sie an einige wenige Anbieter binden. Die Einzelunterbringung von Asylsuchenden halten wir für notwendig, um den Bedürfnissen der Asylsuchenden gerecht zu werden und das Miteinander zwischen deutscher Wohnbevölkerung und Asylsuchenden zu verbessern. Wir treten weiterhin dafür ein, dass die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge nicht unverhältnismäßig eingeschränkt wird. Die Wahrnehmung ihrer kulturellen, religiösen und privaten Interessen muss gewährleistet bleiben. Wir treten deshalb für eine entsprechende Neugestaltung der Residenzpflicht ein. Bei Abschiebung setzen wir uns für eine Einzelfallentscheidung durch den Innenminister ein.

## 6 Unseren einmaligen Lebensraum behüten

### 6.1 Umwelt schützen

Die Flutkatastrophen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Hochwasserschutz zu einer drängenden Frage des Umweltschutzes geworden ist. Die SPD Thüringen setzt sich deshalb für eine zügige Ausweisung von Überschwemmungsgebieten ein und will die natürliche Rückhaltefunktion der Flussauen wieder stärken.

Für einen effektiven und vorsorgenden Hochwasserschutz dürfen keine weiteren Baugebiete in Überschwemmungsgebieten genehmigt werden. Nur so können die natürlichen Rückhalteflächen für Hochwasser erhalten und die bereits vorhandene Bebauung geschützt werden. Viele der vorhandenen technischen Einrichtungen zum Hochwasserschutz – insbesondere die Deiche – müssen dringend instand gesetzt werden.

Thüringens Städte, Gemeinden und Landkreise dürfen mit dem Hochwasserschutz nicht allein gelassen werden. Gewässer- und der Hochwasserschutz müssen für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen maßgebend sein. In Regierungsverantwortung werden wir uns dafür einsetzen, dass für die Finanzierung dieser Aufgaben auch EU-Agrarfördermittel bereitgestellt werden.

Intakte Gewässer sind wichtige Bausteine eines Biotopverbundes. Sie vernetzen wertvolle Lebensräume in der Natur und sind deshalb zu schützen. Der Eintrag gefährdender Stoffe in Gewässer muss minimiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Gewässer Thüringens bis zum Jahr 2015 der EU-Wasserrahmenrichtlinie entsprechen. Das Land Thüringen unterstützt unter einer SPD-Regierung die Städte, Gemeinden und Landkreise beim Umsetzen dieser europäischen Wasserrahmenrichtlinie.

### Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik

Wir wollen den Energieverbrauch senken und Energie rationeller einsetzen. Die Thüringer SPD wird sich für die technologische Entwicklung der Solarenergie stark machen. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Gebäude mit Solarenergie-Anlagen ausgestattet werden – auch um Referenzobjekte für junge Thüringer Unternehmen zu schaffen. Hier liegt noch immer ein gewaltiges wirtschaftliches Potenzial. Unterstützt wird von uns auch der Einsatz von Biogas-Anlagen sowie Wind- und Wasserkraft. Mit geeigneten Instrumenten werden wir für Aufklärung sorgen und Konflikte abbauen helfen. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Gebäude mit Solarenergie-Anlagen ausgestattet werden – auch um Referenzobjekte für junge Thüringer Unternehmen zu schaffen.

Stadtwerke leisten durch einen hohen Wirkungsgrad bei gekoppelter Gewinnung von Strom und Wärme einen wichtigen ökonomischen und ökologischen Beitrag zum Klimaschutz. Die Thüringer SPD will mit neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen die wirtschaftliche Stabilität der Stadtwerke verbessern.

Mit umweltfreundlichen Verkehrskonzepten wollen wir den Öffentlichen Personennahverkehr als Alternative zum Straßenverkehr – auch im ländlichen Raum –

ausbauen. Durch stärkere Vernetzung wollen wir Angebote im öffentlichen Personennahverkehr attraktiver gestalten.

### Bezahlbare Abfallentsorgung sichern

Mit ökologisch sinnvollen und wirtschaftlichen Verfahren für die Restabfallvorbehandlung und einer optimalen Verwertung der übrigen Abfälle will die Thüringer SPD die Abfallgebühren so gering wie möglich halten.

Für die Restabfallbeseitigung sind die dafür geschaffenen Zweckverbände weitgehend zu unterstützen. Restabfälle sind so vorzubehandeln, dass sie der Abfallablagerungsverordnung entsprechen und anschließend auf den vorhandenen Deponien abgelagert werden können.

In der Industrie muss der Verwertung weitgehend homogener Abfälle zunehmend Beachtung geschenkt werden, damit durch diese Erzeuger verursachte unkontrollierte Mengenschwankungen und daraus folgende Fehlprognosen nicht der Bevölkerung angelastet werden müssen.

Mit verstärkten Kontrollen im Abfallbereich ist Schäden vorzubeugen und es ist die Einhaltung der Umweltgesetze zu sichern.

Die SPD setzt sich für die weitere kommunale Entsorgung der Abfälle aus der Bevölkerung und der Beseitigungsabfälle aus anderer Herkunft ein, um Monopolstrukturen mit der Möglichkeit eines Preisdiktats zu verhindern. Für diese wichtige Forderung wird sie sich auch in der Europäischen Union stark machen.

## 6.2 Landschaft erhalten

Dem Schutz und der Pflege der thüringischen Landschaften widmet Thüringens SPD große Aufmerksamkeit. Dafür wollen wir alle Finanzierungsmöglichkeiten von EU und Bund voll ausschöpfen.

Mit der Ausweisung der Naturparke Eichsfeld-Hainich-Werratal, dem Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale und dem Kyffhäuser sowie dem länderübergreifenden Biosphärenreservat Gipskarstlandschaft im Südharz soll eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden. Bereits bestehende Biosphärenreservate – wie das Vessertal und die Rhön – und den Naturpark Thüringer Wald wollen wir weiter entwickeln und fördern. Große Naturschutzprojekte - zum Beispiel in der Orchideenregion um Jena oder dem Gipskarstbereich im Naturpark Kyffhäuser – werden wir unterstützen.

Bei der Erweiterung von Naturschutzgebieten ist für uns die Einbeziehung von Interessen der Bürger und Unternehmen besonders wichtig. Nur so entsteht Akzeptanz vor Ort. Landes- und bundesweite Biotopverbünde, insbesondere das Grüne Band entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze, sollen erhalten und ausgebaut werden. Ökologisch wertvolle Strukturen in der Kulturlandschaft sind zu erhalten und bei Bedarf zu erweitern. Die Netzwerke der Umweltbildung leisten eine verantwortungsvolle Arbeit und werden deshalb von uns unterstützt.



## Stärkung des Nationalparks Hainich

Der Nationalpark Hainich soll in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kommunen weiter entwickelt werden. Für den Umweltschutz und als Wirtschaftsfaktor für den Tourismus in der Region ist der Nationalpark von großer Bedeutung. Die Thüringer Sozialdemokraten werden, zusammen mit Bürgern und Unternehmen der Region, den Nationalpark weiter entwickeln und die touristische Infrastruktur verbessern. Die Thüringer SPD hält die Erweiterung der Kernzone des Nationalparks für wichtig, weil damit einerseits ein touristischer Schwerpunkt ausgebaut und andererseits der urwaldähnliche Buchenbestand – in Europa einmalig – erweitert wird.

## 6.3 Mit Land und Forst verantwortungsvoll wirtschaften

Die Thüringer SPD sieht in der laufenden Reform der Agrarpolitik der Europäischen Union eine große Chance für eine zukunftsorientierte Politik in den ländlichen Räumen Thüringens. Eine solche Politik muss sich noch stärker als Teil einer nachhaltigen Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für unsere zumeist strukturschwachen ländlichen Regionen verstehen.

Dabei legen wir Wert auf ein hohes Niveau des Verbraucherschutzes sowie des Schutzes der natürlichen Ressourcen Thüringens. Denn unsere Landwirte und alle weiteren Akteure im ländlichen Raum brauchen möglichst berechenbare und stabile gesetzliche Rahmenbedingungen.

Nur eine wettbewerbsfähige umweltverträgliche Landwirtschaft kann eine ausreichende Qualität und Menge der Lebensmittel in Thüringen garantieren. In diesem Zusammenhang treten wir für eine kontinuierliche Fortsetzung der Förderung der ökologischen Landwirtschaft ein.

Das Herkunftszeichen „Geprüfte Qualität – Thüringen“ werden wir als wichtigen Beitrag zur Stärkung einer qualitäts- und verbraucherorientierten Landwirtschaft unterstützen.

Im Zuge der kommenden Entkopplung der Flächen- und Tierprämien muss es gelingen, die bisher benachteiligten Gebiete ausreichend zu berücksichtigen, um eine flächendeckende landwirtschaftliche Nutzung in diesen Teilen Thüringens aufrechtzuerhalten. Das ist und bleibt eine entscheidende Voraussetzung für die Erschließung alternativer Einkommensquellen wie den ländlichen Tourismus und die Erzeugung von Energie aus Biomasse in diesen Regionen. Gegenwärtig noch bestehende fördertechnische Hindernisse auf diesem Wege wollen wir zügig abbauen. Die Veredelung von thüringischen Agrarprodukten im Freistaat wollen wir unterstützen, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den ländlichen Räumen des Freistaates zu erhalten.

## Gesunder Wald ist Lebensgrundlage

Unsere thüringischen Wälder sind Wirtschaftsfaktor und eine wichtige Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen zugleich.. Wir treten für eine gleichrangige Behandlung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes in all seinen Eigentumsarten ein. Wald ist und bleibt für uns mehr als nur Holz-Lieferant und Jagdrevier. Wir brauchen ihn für sauberes Wasser, gesunde Luft und

lebensnotwendige Erholungsräume und nicht zuletzt als wichtigen Ort für die Bewahrung der Artenvielfalt in Thüringen.

Die SPD Thüringens lehnt eine Privatisierung des landeseigenen Waldes ab. Weitere zweckfremde Entschädigungen und den Verkauf von Landeswald darf es nicht geben. Wir setzen uns für die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldwirtschaft unter Verwendung von standortgerechten und vorwiegend heimischen Baumarten ein.

## 7 Für ein sicheres Thüringen

### 7.1 Leistungsfähigkeit der Polizei stärken

Die Thüringer Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihre Sorge um die persönliche Sicherheit ernst genommen wird. Die CDU hat die Thüringer Polizei in eine tiefe Vertrauenskrise geführt. Das dürfen wir nicht weiter zulassen. Wir werden die Innen- und Sicherheitspolitik zu einem tragenden Pfeiler des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Staat machen.

Die SPD wird die Thüringer Polizei besser ausstatten. Die Polizisten im Freistaat gehören noch immer zu den bundesweit am schlechtesten bezahlten. Wir streben eine Reform der Laufbahnverordnung an. Mit höherer Motivation und verbesserter Ausstattung werden wir die Voraussetzungen für eine stärkere Polizeipräsenz vor Ort schaffen.

Die wachsende Ausbildungsmisere im Polizeidienst hat die CDU noch immer nicht erkannt. Es fehlt zur Zeit an geeigneten Konzepten, den Generationswechsel innerhalb der Polizei möglichst reibungslos zu gestalten. Wir entwickeln einen Ausbildungsplan, der sich an den Notwendigkeiten vor Ort orientiert. An diesen Ausbildungsplan knüpfen wir ein generelles Personalentwicklungskonzept an.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten für ihren Schutz eine ständige Präsenz der Polizei vor Ort und ein schnelles und wirksames Eingreifen. In Regierungsverantwortung haben wir Kontaktbereichsbeamte (KoBBs) eingeführt. Sie haben sich bewährt und sind als Partner der Bürger anerkannt. Wir verstehen nicht, dass hier in den vergangenen Jahren Stillstand herrschte. Die SPD-Landesregierung wird weitere KoBBs einsetzen. Innerhalb der Legislatur wollen wir mindestens in allen großen Orten, in den keine Polizeidienststelle ihren Sitz hat, einen Kontaktbereichsbeamten einsetzen. Das Gleiche gilt generell für Wohngebiete größerer Städte. Ein neues Aufgabenfeld der KoBBs sehen wir darin, gemeinsam mit den Lehrern, Eltern und Schülern Sicherheitspartnerschaften gegen Gewalt in Schulen zu entwickeln.

Vor allem der Konsum von Drogen und die damit verbundene Beschaffungskriminalität hat in den vergangenen Jahren gerade bei Jugendlichen zugenommen. Durch mehr Aufklärung und Prävention wollen wir dem entgegenwirken und wir wollen zur Entkriminalisierung Drogenabhängiger beitragen.

Die Thüringer SPD wird weiter energisch und konsequent gegen Kriminalität vorgehen. Eine gut ausgestattete und ausgebildete Polizei und eine effiziente Strafjustiz sind hierfür unentbehrlich. Konsumenten, die Kleinstmengen Cannabisprodukte zum Eigenbedarf besitzen, werden nicht länger kriminalisiert. Dann können sich Polizei und Justiz auf die Bekämpfung schwerer Drogenkriminalität konzentrieren. Einer Privatisierung polizeilicher Aufgaben erteilen wir eine klare Absage. Die innere Sicherheit gehört in die professionellen Hände der Polizei.

Die effektive Kriminalitätsbekämpfung muss jedoch an den Ursachen strafbaren Verhaltens ansetzen. In Regierungsverantwortung werden wir die Kriminalitätsprävention in den Regionen wirksam ausbauen. Dabei werden wir die Kommunen aktiv bei ihren Initiativen zur Kriminalitätsbekämpfung und Präventionsarbeit unterstützen. Gemeinsam wollen wir erreichen, das

Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger spürbar zu verbessern. Hierfür sind rechtsstaatlich bedenkliche behördliche Überwachungsmaßnahmen der Bevölkerung nicht hilfreich. Eine Observierung öffentlicher Plätze und Straßen durch Videoüberwachungsanlagen lehnen wir grundsätzlich ab. Statt kostenintensiver Überwachungsmaßnahmen rund um die Uhr fordert die Thüringer SPD die Präsenz derjenigen Polizisten, die ansonsten die gespeicherten Videobänder kontrollieren müssten, als Ansprechpartner und gegebenenfalls Hilfe der Bürger vor Ort. Eine solche Polizeipräsenz auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist als präventive Maßnahme zur Kriminalitätsverhütung die bessere Alternative zur permanenten Videoüberwachung der Bürger.

Organisierte Kriminalität bedeutet für den Rechtsstaat eine zentrale Herausforderung. Sie besitzt ein besonderes Bedrohungspotenzial. Zusätzlich zu einer verbesserten Ausstattung der Polizei machen wir uns für eine engere länderübergreifende und europäische Zusammenarbeit stark.

### **Konsequent gegen Extremismus**

Die Thüringer Sozialdemokraten treten konsequent allen extremistischen Entwicklungen entgegen. Neben den notwendigen polizeilichen und juristischen Instrumentarien steht für uns Vorbeugen im Vordergrund. Erst eine gute Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik schafft die Möglichkeit, dem Rechtsextremismus den sozialen Nährboden zu entziehen.

Der Thüringer Verfassungsschutz wurde durch zahlreiche Skandale stark beschädigt. Die Handlungsfähigkeit dieser Behörde muss hergestellt werden. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, dass die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes zu verbessern ist.

Der Verfassungsschutz muss seinem Auftrag, Angriffe auf die demokratische Grundordnung abzuwehren, umfassend nachkommen. Dazu gehört auch die Beobachtung fanatischer Religionsgruppen. Wir werden Extremismus keinen Raum geben – egal welche Ideologie oder welcher Fanatismus dahinter steht.

## **7.2 Justiz – den Rechtsstaat ausbauen**

Die politische Einflussnahme auf die Thüringer Justiz muss ein Ende haben. Unabhängige Gerichte sind für den Schutz der Bürgerrechte und das Vertrauen in den Rechtsstaat unentbehrlich. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat mit ihrem Entwurf eines Richtergesetzes bereits in der zurückliegenden Legislaturperiode konkrete Vorschläge für die Stärkung einer unabhängigen Justiz unterbreitet.

Durch das Übertragen weiterer Verantwortungsbereiche werden wir die gerichtliche Selbstverwaltung stärken. Thüringens Gerichte werden so unabhängiger von der Justizverwaltung. Wir werden den Richterwahlausschuss in seinen Kompetenzen erweitern.

Die Bundesregierung hat wesentliche Reformschritte hin zu einer modernen Justiz unternommen. Diesen Weg werden wir in Thüringen fortsetzen. Justizintern müssen unnötige Erschwernisse beseitigt werden. Der Einsatz moderner Informationstechnologie, die auch die Erreichbarkeit der Justiz für die Bürger erleichtert, wird ausgebaut.

Dem Schutz der Opfer von Straftaten kommt sowohl im Straf- als auch im Ermittlungsverfahren besondere Bedeutung zu. In sozialdemokratischer Verantwortung hat die Bundesregierung den Opferschutz ausgebaut. In Thüringen wurden von Sozialdemokraten der Täter-Opfer-Ausgleich und weitere Möglichkeiten des Zeugenschutzes geschaffen. Diese Politik wollen wir fortsetzen. Wir werden die Opferschutzorganisationen in ihrer Arbeit finanziell unterstützen.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird Korruption und Wirtschaftskriminalität energisch bekämpfen. Beides sind keine Kavaliärsdelikte, jeder Fall muss angezeigt werden. Wir werden die Polizei und die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entsprechend ausstatten und auch die Kontrollsysteme der Landesverwaltung personell und materiell stärken und bündeln. Wir werden ein zentrales Korruptionsregister aufbauen und Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermitteln des Landes ausschließen, die bestechen, Subventionsbetrug begehen, Kartellabsprachen vornehmen oder Schwarzarbeiter beschäftigen.

### Justizvollzug

Der Strafvollzug schützt vor weiteren Straftaten und dient der notwendigen Resozialisierung der Straftäter. Wir werden uns für einen hohen Sicherheitsstandard in den Justizvollzugsanstalten einsetzen. Ausbau und Modernisierung der Haftanstalten in Thüringen sind notwendig, um Konfliktsituationen im Gefängnisalltag zu begegnen. Wir sichern eine ausreichende Anzahl und eine gute Ausbildung der Strafvollzugsbediensteten.

Innerhalb der Jugendstrafanstalten muss der gesetzliche Erziehungsauftrag durch den bedarfsgerechten Einsatz von pädagogischem und therapeutischem Personal erfüllt werden. Berufsausbildung und Berufsvorbereitung werden als Grundlagen für eine Resozialisierung junger Straffälliger ausgebaut.

### 7.3 Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienste

Die Thüringer SPD unterstützt die Feuerwehren, die Rettungsdienste und den Katastrophenschutz bei ihren schwierigen Aufgaben. Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren leisten seit Jahren im Freistaat zuverlässig und hoch motiviert ihren ehrenamtlichen Dienst. Sie gewährleisten damit die Grundlage des Brandschutzes in Thüringen. Den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren darf aus der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit kein Nachteil, insbesondere der Verlust ihres Arbeitsplatzes, erwachsen. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber dürfen nicht über ihrer Verpflichtung, am Gemeinwohl mitzuwirken, stehen. Die Thüringer SPD setzt sich deshalb dafür ein, dass die Arbeitgeber ihrer Freistellungspflicht für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren nachkommen.

Die örtlichen Feuerwehren tragen zudem zur Identifikation mit ihren Gemeinden bei. Die Thüringer Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass das beim Aufbau der Feuerwehren, der Rettungsdienste sowie des Katastrophenschutzes erreichte hohe Niveau auch künftig erhalten und weiter ausgebaut werden kann. Hierfür sind die notwendigen Mittel für moderne Technik und Ausstattungen zur Verfügung zu stellen.

## 8 Starke Städte und Gemeinden

### 8.1 Ehrenamt und Engagement beleben

Die Thüringer SPD setzt sich für eine Förderung und stärkere Würdigung sowohl des klassischen Ehrenamtes als auch neuer Formen wie das Engagement in Projekten, Bürgerinitiativen oder in der Selbsthilfe, ein.

Sozialdemokratische Politik in Thüringen unterstützt direkte Entscheidungsformen für die Bürgerinnen und Bürger. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Wir werden hier fortsetzen, was wir im Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ auf Landesebene eingeleitet haben. Eine SPD-Landesregierung wird die Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung in Thüringens Kommunen neu fassen. Mit einer Reform der Kommunalordnung (ThürKO) werden wir die Hürden senken und die Mitwirkungsbereiche ausdehnen.

Breites bürgerschaftliches Engagement muss zu einem festen Bestandteil der Politik in den Kommunen werden. Politik und Verwaltung können nicht alle Probleme alleine lösen. Die Gesellschaft ist deshalb auf die Eigeninitiative der von Problemen Betroffenen genauso wie auf das vielfältige private Engagement in der Bevölkerung angewiesen. Die Verantwortung für das Gemeinwohl aber bleibt eine zentrale Aufgabe von Politik und Verwaltung.

In den großen Städten Thüringens wollen wir helfen, die Stadtteile noch stärker zu einem Identifikationskern für die Bürgerinnen und Bürger auszubauen.

### 8.2 Kommunale Strukturen stärken

Nur leistungsfähige Kommunen mit effizienten Verwaltungen sind in der Lage, die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Einheitsgemeinde und Verwaltungsgemeinschaft haben sich dabei in Thüringen bewährt.

Allerdings stoßen immer mehr – vor allem kleinere Gemeinden, die Bestandteil einer Verwaltungsgemeinschaft sind – an ihre finanziellen Grenzen und damit an die Leistungsfähigkeit im investiven Bereich. Deshalb werden wir überall dort, wo sich auf freiwilliger Basis neue Einheitsgemeinden aus Verwaltungsgemeinschaften zusammen finden wollen, diese Entwicklung fördern. Das gilt ebenso für den Zusammenschluss bestehender Einheitsgemeinden.

Kommen im Ergebnis einer umfassenden Reform der Landesverwaltung auf die Kommunen breitere Aufgabenstellungen zu, dann müssen die kommunalen Verwaltungsstrukturen sowohl personell als auch qualitativ gerüstet sein. Das gilt ebenso für die Landkreise wie für die kreisfreien Städte oder für selbstständige Kommunen. Deshalb streben wir mittelfristig an, die Gebietsreform im Gleichschritt mit einer Reform der Landesverwaltung durchzuführen.

### 8.3 Kommunalen Finanzausgleich neu regeln

Die Kommunen dürfen nicht weiter mit staatlichen Aufgaben überlastet werden. Ihre Finanzkraft muss stabilisiert werden. Sichere Finanzen sind die Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung. Aufgrund der geringen eigenen Einnahmen ist die Ausgestaltung des Finanzausgleichs für die Thüringer Kommunen von besonderer Bedeutung. Darin sieht die Thüringer SPD einen Schwerpunkt ihrer Unterstützung für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Nur über den kommunalen Finanzausgleich kann eine finanzielle Mindestausstattung zur Wahrnehmung eigener Aufgaben sichergestellt werden.

Nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz wird den Gemeinden und Landkreisen Geld – ergänzend zu ihrer eigenen Einnahmekraft – zur Verfügung gestellt. Dieser Finanzausgleich wird der immer mehr praktizierten Übertragung von Aufgaben des Landes an die Kommunen nicht mehr gerecht. Wir treten für die konsequente Einführung des so genannten Konnexitätsprinzips bei der Aufgabenübertragung ein. Das bedeutet: Wenn eine Aufgabe vom Land übertragen wird, muss der Finanzausgleich entsprechend aufgestockt werden.

Die Thüringer SPD wird eine nachvollziehbare Aufgabenanalyse mit klaren Kriterien vornehmen, damit der Finanzausgleich gerechter und transparenter als bisher gestaltet wird. Wir wollen erreichen, dass das Parlament eine größere inhaltliche Verantwortung bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichs erhält. Der Finanzbedarf darf nicht in internen Verhandlungen, sondern muss durch ein nachvollziehbares Verfahren bestimmt werden. Außerdem machen wir uns dafür stark, die bestehenden Belastungen gerecht und gleichmäßig zwischen Land und Kommunen zu verteilen und über das Thüringer Finanzausgleichsgesetz abzudecken. Ein angemessener finanzieller Spielraum für freiwillige Aufgaben der Kommunen muss gewährleistet werden. Wir wollen verhindern, dass weitere Schwimmbäder, Museen oder Bibliotheken von den Kommunen geschlossen werden müssen.

## 9 Europa – mitten in Thüringen

Thüringen liegt auf der Landkarte mitten in Europa. Wir wissen aber auch, dass Europa längst mitten in Thüringen Einzug hält. Vieles bewegt sich bei uns für, aber sehr viel auch durch Europa.

Das Europa, das wir wollen, ist eine Kraft, die Frieden, Fortschritt, wirtschaftliche Stabilität und Solidarität in die Welt bringt. Deshalb sind wir dafür, dass sich Europa erweitert. Die Aufnahme unserer osteuropäischen Nachbarstaaten im Mai 2004 ist für uns ein Garant für Wachstum und Stabilität innerhalb der Europäischen Union. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Europa noch mehr kann, als die jahrzehntelange Spaltung unseres Kontinents überwinden. Die Europäische Union soll sich zu einer Weltmacht des Friedens entwickeln. Wir wollen eine konsequente Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, bei der Europa international mit einer Stimme spricht.

Die Grenzen in Europa verschwinden immer mehr. Das ist auch gut so. Damit das zusammenwachsende Europa für die Bürger jedoch greifbarer wird, muss es mehr Mitentscheidungsrechte geben. Dass die geplante europäische Verfassung das Europäische Parlament und damit direkte Verantwortung und Bürgernähe stärkt, begrüßen wir. Wir wollen, dass diese Verfassung schnell in Kraft tritt.

Wir sind für die europäische Verfassung auch deshalb, weil sie sich klar zu den Grundwerten der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und der Gleichheit bekennt. Die EU ist für uns eine Kraft, die das europäische Sozialstaatsmodell im Prozess der Globalisierung festigen muss. Einem „Sozialdumping“ zu Lasten anderer Regionen in Europa werden wir entschieden entgegen treten.

Der Euro und der wachsende Wirtschaftsraum haben sich mittlerweile bewährt. Trotzdem haben wir noch Reserven. Wir wollen unseren Unternehmen helfen, sich noch stärker an Europa auszurichten – einen besonderen Schwerpunkt sehen wir dabei in Osteuropa. Thüringen muss noch stärker als bisher ein innovativer Standort unseres erweiterten europäischen Wirtschaftsraumes werden. Das wird unser Ziel für die nächsten Jahre sein.

Unser Land hat in den vergangenen Jahren von der europäischen Solidarität im Rahmen der Strukturförderung profitiert. Mit EU-Mitteln sind unter anderem Betriebe angesiedelt, Berufsschulen saniert, Dörfer erneuert sowie Weiterbildungen und Umschulungen finanziert worden. Wir spüren die Verbesserungen. Aber wir müssen feststellen, dass sich die Verhältnisse nicht auf einen Schlag ändern. Wir setzen uns deshalb für eine reale – und nicht für eine statistische – Begründung der künftigen Strukturförderung ein. Der Beitritt deutlich ärmerer Regionen darf nicht zum automatischen Verlust der Förderung in unseren strukturschwachen Gebieten führen. Wir wollen eine Anschlussfinanzierung auf dem Niveau der bisherigen Förderung, da unsere strukturellen Defizite noch erheblich sind. Sollten die Finanzmittel der EU dafür nicht ausreichen, setzen wir uns für eine Kompensation auf nationaler Ebene ein.

Wir werden die nationenübergreifende Zusammenarbeit der Schulen, aber auch in der Erwachsenenbildung verstärken. Die erfolgreichen Austauschprogramme werden wir in Thüringen noch bekannter machen. Denn wir Sozialdemokraten sehen Europa



immer auch als eine kulturelle Wertegemeinschaft. Deshalb werden wir unsere Thüringer Identität noch stärker in die EU einbringen, aber auch von anderen lernen.

Thüringen ist stärker in Europa.